

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

149 (1.7.1931)

VOLKSTREUDE

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADEN

Anzeigenpreise Die Anzeigenpreise betragen 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung und Stellungnahme 5 Pfennig. Die Anzeigenpreise sind
für 10 Pfennig o. bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des
Vertrages, bei gerichtlichem Streit und bei Anrufen außer Kraft tritt o. Erfüllung
ort und Gerichtsstand in Karlsruhe L. D. o. Schrift der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. ohne Inzahlung 2,20 Mark o. durch die Post
2,60 Mark o. Gaylordauf 10 Pfennig o. Erschließung 5mal wöchentlich
vermehrt 11 Uhr o. Besondere 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
he L. D., Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Volkshaus-Büro: Durlach, Haupt-
straße 9, D.-Boden, Jagdstraße 12, Rastatt, Tollenstraße 2, Offenburg, Republikstraße 4

Nummer 149

Karlsruhe, Mittwoch, den 1. Juli 1931

51. Jahrgang

Kein Fortschritt in Paris

Mellon erwartet Washingtoner Weisung

Paris, 30. Juni. (Eig. Draht.) In den französisch-amerikanischen Verhandlungen waren auch am Dienstag Fortschritte nicht zu verzeichnen. Neue Besprechungen über am Dienstag nicht stattgefunden, da der amerikanische Geschäftsführer Mellon zunächst neue Weisungen abwartet bzw. der französische Ministerpräsident und Außenminister Briand durch die Interpellationsdebatte im Senat in Anspruch genommen werden.

Die nationalistische französische Presse fordert die französische Regierung auf, in den drei Punkten, über die bisher keine Einigung erzielt war, Zugeständnisse nicht zu machen.

französl. Senatsdebatte über Hooverplan

Paris, 30. Juni. Der Senat hat heute am Schluss einer Debatte über die französische Antwort zum Hooverplan nach den Erklärungen des Finanzministers Mandin und des Ministerpräsidenten Briand eine Entschließung des Senats über den Hooverplan mit 197 gegen 5 Stimmen angenommen, die lautet:

Der Senat ist der Ansicht, daß die Achtung der Verträge und Abmachungen die einzige feste Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Anstrengungen aller Art, die Frankreich seit 13 Jahren zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zu Gunsten der Wiederherstellung der Einheit in der europäischen Weltwirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärung der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Frankreich

rollt politische Garantieforderungen auf

Berlin, 30. Juni. (Eig. Draht.) Der amerikanische Botschafter in Berlin sprach am Dienstag zur Klärung gewisser Rückfragen, die auf Grund der Pariser Verhandlungen von Washington aus gestellt waren, wieder beim Reichskanzler vor.

Neuerdings hat die französische Regierung trotz des Widerpruchs der amerikanischen Regierung auch die Frage der politischen Garantien wieder aufgerollt. Man fordert eine Garantie gegen die Verwirklichung der Zollunion und wünscht Garantien dafür,

daß Deutschland das Freijahr nicht zur Verstärkung seiner Marine und der Reichswehr benutzte.

Belgiens Antwort an Hoover

Zustimmung mit einzelnen Wünschen

Brüssel, 30. Juni. (Eig. Draht.) Die belgische Antwort an den amerikanischen Staatspräsidenten Hoover, die am Mittwoch nach Washington übermittelt wurde, knüpft keinerlei Bedingungen an die Annahme des amerikanischen Planes. Sie gibt lediglich der Bitte Ausdruck, die besonderen Rechte Belgiens aus dem Youngplan, sowie seine besonders schwierige Finanzlage zu berücksichtigen. Sie unterscheidet sich dadurch grundförmlich von der französischen Antwort, wie die beiden Regierungen in dieser Frage überhaupt getrennte Wege gegangen sind. Das ist ein weiterer Schritt in dem Prozeß der Loslösung Belgiens von der französischen Politik.

Belgien fordert während des Ferienjahres keine deutschen Zahlungen. Es ist andererseits aber der Meinung, daß das Markabkommen, nach dem Deutschland an Belgien bis auf Weiteres einen jährlichen Betrag von 21,5 Millionen Mark zu zahlen hat, außerhalb des Youngplans stehe und deshalb auch während des Ferienjahres durchgeführt werden muß. Außerdem verweist die belgische Regierung Deutschland auf Fortsetzung wissenschaftlicher Teils seiner Naturforschungen zu bewegen. Ferner verlangt sie von England die Stundung der Jahreszahlung mehrerer kleiner Wiederanbauarbeiten. Endlich bemüht man sich um die Stundung der Jahreszahlung der in Amerika aufgenommenen Bankanleihen.

Hoover will auch ohne Frankreich helfen

Frankreich isoliert

Washington, 1. Juli. (Kundendienst.) Der Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen in Paris wird hier zwar nicht als hoffnungslos, aber als außerordentlich kompliziert betrachtet. Staatspräsident Hoover hatte am Dienstag wiederholt Besprechungen mit seinen Mitarbeitern über die Lage. Anschließend wurde hauptsächlich die Frage besprochen, wie man Deutschland nützlich ohne Frankreich helfen könne. Es bestätigt sich bisher, daß Amerika entschlossen ist, den Hooverplan auch ohne Frankreich durchzuführen und daß es dabei die volle Unterstützung der englischen Arbeiterregierung findet.

15 000 Staatsbeamte in Polen entlassen

Warschau, 30. Juni. (Eig. Draht.) Am Dienstag wurden im Zusammenhang mit der großen Evakuierung der polnischen Regierung etwa 15 000 Staatsbeamte entlassen.

Die polnischen Staatsbeamten haben inzwischen beschloffen, gegen die Kürzungen und Entlassungspolitik der Regierung, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, zu kämpfen und notfalls auch nicht vor einem Streik zurückzuführen. In nächster Zeit sollen auch die Ministerien für Volks-Agrar-Reform und öffentliche Arbeiten liquidiert werden.

Botschafter a. D. Stamer gestorben

Hamburg, 30. Juni. (Eig. Draht.) In der Nacht zum Dienstag ist der ehemalige deutsche Botschafter in London, Dr. Friedrich Stamer, in Hamburg einem Schlaganfall erlegen. Stamer, der am 24. November 1856 geboren ist, war vor seinem Eintritt in den auswärtigen Dienst erster Botschaftsrat in Hamburg. Im Januar 1920 ist er zum deutschen Geschäftsträger und im August des gleichen Jahres zum Botschafter in London bestellt worden. Ende Dezember 1930 trat er in den dauernden Ruhestand und lebte seither in seiner Heimatstadt Hamburg.

Der Verstorbene hatte sich durch sein ruhiges, für seinen Posten fast allzu zurückhaltendes Wesen allorts persönliches Vertrauen erworben.

Preussischer Volksentscheid anfangs August

Weniger Volksbegehrten als vom Stahlhelm berechnet

Amtlich wird vom Preussischen Pressedienst mitgeteilt: „Der Landeswahlleiter hat am 29. Juni seine Arbeiten zum Stahlhelm-Volksbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtags abgeschlossen, und noch am selben Tage das Ergebnis der amtlichen Zählung dem preussischen Staatsminister des Innern übermittelt. Es ist amtlich festgestellt, daß sich von den 28 368 215 Stimmberechtigten in Preußen 5 955 996 Personen in die Liste zum Volksbegehren „Landtagsauflösung“ eingetragen haben. Dieses amtlich festgestellte Ergebnis bleibt somit um etwa 75 000 Stimmen hinter der Berechnung des Bundesamts des Stahlhelm zurück. Dem Stahlhelm waren eine Reihe von Redakteuren unterlaufen, so daß sie irrtümlich annahmen, daß sich über 6 Millionen Stimmberechtigte eingetragen hätten.“

Das preussische Staatsministerium hat am Dienstag beschlossen, dem preussischen Landtag das Ergebnis des Stahlhelm-Volksbegehrens sofort zu senden und ihm die Ablehnung der geforderten Auflösung des Landtags zu empfehlen. Der Volksentscheid dürfte dann anfangs August, wahrscheinlich am 2. August, feigen.

Die spanischen Wahlen

Der sozialistische Wahlerfolg und die kommenden Regierungsmöglichkeiten
(Von unserem Madrider Korrespondenten)

Madrid, 30. Juni. (Durch Telephon.) Genau zwei Monate nach dem Sturz der Monarchie hat das spanische Volk seine Abgeordneten zu der verfassunggebenden Nationalversammlung seiner zweiten Republik gewählt. In vollster Ruhe und Ordnung sind diese Wahlen vor sich gegangen. Nichts von Volkssturm, von kommunistischen oder sozialistischen Unruhen, auch nichts von Gemattaten der vollkommen zerschlagenen monarchistisch-kerikalen Reaktion. Dafür aber eine Wahlbeteiligung, wie sie Spanien noch niemals gesehen hat. In Madrid 70-80 Prozent. Unter der Monarchie wurden nur selten einmal 70 Prozent erreicht. Es gibt kein besseres Zeichen für das Erwachen des Volkes aus dem Schlaf der politischen Apathie, in den es von den Kartellparteiern des alten Regimes gehalten wurde. Das kommende Parlament soll die Grundgesetze des neuen Staates festlegen und das aufgeweckte Volk beteiligt sich mit Leidenschaft, — wenn auch in vollster Ordnung — an dem geistigen Kampf um dieses Fundament. Das Volk in Spanien beweist, daß es reif zur Demokratie ist. Hier liegt die weitaus größte Bedeutung der letzten Wahlen. Hinter dieser Tatsache tritt die Verteilung der Mandate selbst zurück.

Die Erregung der Massen war bei den Kommunalwahlen des April viel stärker. Damals ging es darum, mit dem Stimmzettel die Jahrhunderte alte Dynastie zu stürzen, damals ging es um negative Ziele. Jetzt war eine positive Aufgabe zu lösen. Vielleicht entsprach dieser Unterschied der geringeren äußeren Begeisterung und dafür zu Tage tretende größere Ernst. Die Luft war nicht mehr mit so dramatischer Spannung geladen wie zweieinhalb Monate zuvor. Weil dem so war, hatten vor allem diejenigen Parteien die Wählermassen auf ihrer Seite, die den Aufbau in ihrem Programm am stärksten betonten. Die Sozialisten ließen allen den Rang ab. Ihr konstruktives Programm wies am klarsten den Weg in die Zukunft. Das wurde bis weit in die Kreise des Bürgertums hinein erkannt. Wäre es anders gewesen, dann hätten die sozialistischen Kandidaten nicht eine so ungeheure Zahl von Stimmen auf sich vereinigen können. Nicht etwa nur die sozialistische Organisation der Gewerkschaften hat diesmal gesteuert, sondern mindestens ebenso bedeutend für den Erfolg der Partei war das sozialistische Programm und die sozialistische Idee.

Auf dem rechten Flügel oder besser gesagt in der Mitte der Reihen der neuen Abgeordneten steht die Gruppe des jetzigen Außenministers Lerro, die nicht ganz so stark aus den Wahlen hervorgeht, wie die Sozialisten. Die Presse feiert Lerro bereits als den kommenden Ministerpräsidenten, den Mann des Ausgleichs, der in der Lage sein soll, sowohl mit der Rechten Alcalá Zamoras und Miguel Maura zu regieren als auch mit der Linken, mit den Radikalen und den Sozialisten. Vielleicht aber ist diese Rechnung falsch.

Noch steht das Ergebnis des ersten Wahlnachmittags nicht endgültig fest. Aber es läßt sich heute schon sagen, daß eine Mehrheit der ausgesprochenen Rechten und der Mitte kaum möglich ist. Lerro's Partei dürfte rund 100 Sitze erhalten. Die Gruppe Alcalá Zamoras will es auf 50 Sitze bringen. Ebenfalls werden voraussichtlich alle anderen Rechtsgruppen und Gruppen auf sich vereinigen. Das ergibt 200 Abgeordnete. Demgegenüber steht die Linke mit der gleichen Mandatszahl. Die Sozialisten dürften rund 120 Sitze für sich buchen. Die Radikalen unter Albaranzos wahrscheinlich 40 bis 50. Rechnet man zu den Mandaten der Sozialisten und Radikalen die der meist sehr links stehenden Katalanen hinzu, so ergeben sich für die Linke ebenfalls etwa 200 Sitze.

Danach bilden die Anhänger des Kriegsministers Azana die republikanische Aktion, die selbst nur mit etwa 30 Mann in das Parlament einziehen wird, aber sicherlich durch andere kleine Gruppen noch eine Verstärkung auf 40 bis 50 Mann erhält, das Jünglein an der Waage. So stellt sich die parlamentarische Lage so dar, daß eine kleine Linksopposition mit Lerro ohne weiteres möglich ist. Sie würde sich auf einen gewaltigen Block, fast auf eine Dreiviertelmehrheit stützen können, wogegen eine Rechtsopposition nur von der Hand in den Mund zu leben vermöchte.

Die Sozialisten haben für den 10. Juli einen außerordentlichen Parteitag einberufen. Auf diesem wird darüber entschieden werden, ob sich die Partei weiterhin an der Regierung beteiligt oder ob sie bald oder in absehbarer Zeit ihre Minister aus dem Kabinett zurückziehen soll. Die Meinungen sind geteilt, doch dürfte im Augenblick die Ansicht überwiegen, daß es für eine Partei, die einen derartigen Aufschwung genommen hat, wie die spanische Sozialdemokratie unmöglich ist, sich im Augenblick von der Regierung zurückzuziehen. Eine wichtige Rolle wird bei der Entscheidung die Gegnerschaft einiger Sozialistenführer gegen Lerro spielen. Man ist in weitesten Kreisen der Sozialisten nicht geneigt, den heute von der ganzen republikanischen Presse als den größten Staatsmann gepriesenen Lerro als Chef einer Koalitionsregierung anzuerkennen. Es ist zu hoffen, daß sich durch diese Zwistigkeiten und die Personenfrage keine innenpolitischen Komplikationen ergeben. Der Sieg der Linken ist ganz offenkundig. Man muß Spanien wünschen, daß es nun auch die Früchte seiner so disziplinierten Wahlen erntet.

Gemeingefährliche Kommunistenhefte

Köln, 30. Juni. (Eig. Draht.) Eine furchtbare Hehe treiben die Kommunisten zur Zeit unter den Erwerbslosen in Köln.

Infolge hinterhältiger Ueberfälle auf Polizeibeamte hat der sozialdemokratische Polizeipräsident die Polizeibeamten förmlich aufgefordert, in Zukunft mehr als bisher in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Daraufhin wurden am Dienstag vor den Kölner Arbeitsämtern Zettel mit folgender Aufschrift verteilt: „Nieder mit dem Mörder Baumbach und seiner Soldateska! Der feige Arbeitermörder und kapitalistische Zuhälter Baumbach erlaubt sich, sich und seine Hehnerheute einen Freibrief zu haben aus Erschießen von hungernden Arbeitern. Proleten! Diese Hehler muß beseitigt werden. Rüstet er auf uns aus dem Hinterhalt schießen, schießen wir auch aus dem Hinterhalt. Leben um Leben!“

Es ist einwandfrei erwiesen, daß diese Aufforderung zur Ermordung von Polizeibeamten von Kommunisten ausgeht. Sie ist drucktechnisch in der gleichen Weise hergestellt, wie alle vorerwähnten Flugblätter der Kommunisten und Rotfrontier.

Kommunistenexzesse in Berlin

Ein Polizeibeamter tödlich getroffen

Berlin, 30. Juni. (Eig. Draht.) Am Dienstag Abend kam es in verschiedenen Stadtvierteln von Berlin wiederholt zu Ansammlungen kommunistischer Demonstranten, die zweifellos planmäßig vorbereitet waren. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Handhieb verletzt und starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Als die alarmierten Polizeibeamten eintrafen, wurden sie mit Steinen beworfen und scharf beschossen. Insgesamt wurden etwa 30 Schüsse abgegeben. Der Führer des Kommandos, ein lediger Polizeioberwachmeister, erhielt einen Handhieb, an dessen Folgen er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Erst nachdem die Beamten mehrere Schreckschüsse abgegeben hatten, löste sich die Menge auf. 17 Personen wurden festgenommen.

Die Spartakiade verboten

Berlin, 30. Juni. Der Polizeipräsident hat auf Grund der durch die kommunistischen Ueberfälle neu geschaffene Lage die Spartakiade verboten. Das Verbot wird mit allem Nachdruck durchgeführt werden.

Keine Auflösung des oldenburgischen Landtages

Oldenburg, 30. Juni. In der heutigen Sitzung des oldenburgischen Landtages stand der Auflösungsantrag der Nationalsozialisten zur Erörterung. Es stimmten 25 von 48 Abgeordneten für den Antrag, und zwar die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, ein Landvolksgewerkschafter und die drei Kommunisten. Da für die Annahme eines verfassungswidrigen Beschlusses zwei Drittel aller Abgeordneten, also 32 Abgeordnete, notwendig waren, war der Antrag abgelehnt. Der Präsident vertagte dann das Parlament auf unbestimmte Zeit.

Neuwahl der badischen Regierung

Witte mann - Maier - Schmitt - Mattes - Rückert - Heurich

Die Sitzung des Landtags

Habemus papam! Wir haben eine Regierung! Zwar stimmt der lateinische Spruch und die deutsche freie Uebersetzung nicht ganz. Denn wir hatten ja im Lande Baden schon immer eine Regierung. Eine nicht schlechte sogar! Aber, weil nun plötzlich eine Partei das „tiefgefühlte“ Bedürfnis hatte, sich auch verantwortlich an den Regierungsgeschäften zu beteiligen, erfuhr die bisherige Regierung wegen des Hintritts eines einsamen neuen Ministers eine völlige Umwälzung in den Personen. Kleine Urlassen, große Wirkungen!

Diese Neuwahl der Regierung bedeutet ein ungewohnter Vorgang zu einer ungewohnten Zeit. Daß eine Regierung gewählt wird in dem Zeitpunkt, wo der Landtag seine Arbeit beendet hat, ist ein Novum. Bisher war es immer so, daß die Regierung und der Staatspräsident zu Beginn eines neuen Sessionsabschnitts gewählt wurden; gewöhnlich alljährlich im Herbst. Der Hochsommer ist eine ungewöhnliche Zeit! Diese Umstände haben wohl auch das große Interesse bewirkt, das die Öffentlichkeit dem Wahlvorgang entgegenbrachte. Die Tribünen und Logen waren besetzt, wie noch nie. Wer aber eine Sensation erhoffte, kam nicht auf seine Rechnung. Gemächlich, ja für den Zuhörer geradezu langweilig gingen die Wahlen vorstatten. Die bisherigen beiden Regierungsparteien, verstärkt durch die neue Regierungspartei Deutsche Volkspartei, bildeten für die vorgeschlagenen Kandidaten eine kompakte Mehrheit von etwa 55 Stimmen, einige Abgeordnete fehlten, der Abg. Bauer von der Deutschen Volkspartei verließ vor der Abstimmung den Saal. Die Kommunisten stimmten für ihren Führer Bod, den Allverweltstribunen, einige Parteien gaben weiße Zettel ab und die ganz radikalen Spielbürger beteiligten sich überhaupt an keiner Abstimmung! Ohne Störung verliefen die Wahlhandlungen.

Den bewegten Tagen der letzten Wochen folgt nun hoffentlich eine Zeit ruhiger Arbeit. Vielleicht kann man die in diesem ungewohnten Zeitpunkt erfolgte Wahl der Regierung, wie auch die Übernahme des Finanzministeriums durch den Abg. Dr. Mattes insofern betrachten, als nun wohl, wenn das soeben veröffentlichte Gutachten der Sparkommission die Beachtung findet, die es verdient, ein neuer Abschnitt in der politischen und finanziellen Geschichte des Landes beginnt, und es dann sicher von Wert ist, wenn im Spätherbst die großen Beratungen über das Gutachten beginnen und darnach der neue Staatsvoranschlag aufgestellt wird, daß die Regierung bereits eingearbeitet ist und die einzelnen Minister ihre Ressorts völlig beherrschen. Wir wünschen nur, daß die neue Regierung die schwierigen Aufgaben, die ihrer gerade in der nächsten Zeit harren, zum Wohle des badischen Landes erfüllen möge. h. w.

32. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 30. Juni 1931.

Präsident Duffner eröffnet gegen 4 Uhr die Sitzung. Das Haus ist nahezu vollständig versammelt. Tribünen und Logen sind voll besetzt. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen folgte die Erledigung des wichtigsten Gegenstandes der Tagesordnung:

Wahl der Minister und der Staatsräte

Präsident Duffner teilt mit, daß die Minister Witte mann, Dr. Schmitt und Dr. Kemmele ihre Ämter zur Bildung einer neuen Regierung niedergelegt haben. Zur Wahl verliest Abg. Lehleiter (Rom.) eine schlußfertige Erklärung, bei deren Einleitung er bereits eine Ordnungsrufer erhält. — Abg. Köhler (RS.) meint, die Parteien, die die Regierung heute bilden, würden in keiner Weise mehr das Vertrauen des Volkes besitzen. Auch er bedachte, wie sein Vorredner, besonders die Sozialdemokratie mit einigen freundlichen Randbemerkungen. — Abg. Schmitt (DZ.) verliest ebenfalls eine Erklärung, desgleichen Abg. Bergsdorf (SoB.), Abg. v. Au (Wirtsch.) und Bauernp. und Abg. Hofbein (Dem.). — Das Haus nimmt die Erklärungen zur Kenntnis.

Wahl des Ministers des Innern

Es wurden im ganzen 71 Zettel abgegeben, die Nationalsozialisten und Deutschnationalen beteiligten sich an der Abstimmung nicht. Von den abgegebenen 71 Stimmen entfielen auf den Abg. Maier 54 Stimmen; 12 Zettel waren weiß, 1 Stimme fiel auf den Abg. Reer und 4 Stimmen auf den Abg. Bod.

Zum Innenminister ist somit Abg. Maier (SoB.) gewählt. Bei der Wahl zum Justizminister wurde mit 56 Stimmen der bisherige Innenminister Witte mann gewählt.

Zum Minister des Kultus und Unterrichts wurde mit 54 Stimmen der bisherige Finanzminister Dr. Schmitt gewählt.

Die Wahl des Finanzministers fiel auf den Abg. Dr. Mattes, der 53 Stimmen erhielt.

Zu Staatsräten werden die Abg. Rückert (SoB.) und Abg. Heurich (Str.) gewählt; ersterer erhielt 51, letzterer 52 Stimmen.

Im Anschluß, nachdem die Regierung neu gebildet, erfolgte die

Wahl des Staatspräsidenten

und seines Stellvertreters. Zum Staatspräsidenten wurde Minister Witte mann mit 53 Stimmen, zum Stellvertretenden Staatspräsidenten Innenminister Maier mit 52 Stimmen gewählt.

Da Minister Maier sein Amt als 1. Vizepräsident des Landtags niederlegte, muß auch ein neuer 1. Vizepräsident gewählt werden. Das Haus wählte zu diesem Amt den Abg. Reinhold (SoB.) mit 49 Stimmen.

Präsident Duffner dankt namens der Mehrheit des Hauses den gewählten Ministern für die Übernahme der Ämter. Unter lebhaftem Beifall des Hauses weist der Präsident den Abg. Böning wegen fleißiger Zwischenrufe an dem Saale. Möge die Erweiterung der Regierung dem Lande zum Segen gereichen. Dem scheidenden Minister Dr. Kemmele spricht der Präsident den Dank für die dem Lande geleisteten Dienste aus. Minister Dr. Kemmele hat in schwerer Zeit sein Amt übernommen. Mit dem vollen Einsatz seiner Persönlichkeit und seines Ansehens hat er oft in kritischen Augenblicken seine Aufgabe erfüllt. Dafür muß ihm Dank gesagt werden. Die besten Wünsche begleiten ihn auf seinem ferneren Wege. — Minister Maier tritt ein schweres, verantwortungsvolles Amt an. Die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit, die wir immer an Minister Maier geschätzt haben, werden ihm in seinem neuen Amte dienlich sein. — Ebenso herzlich begrüßt der Präsident Duffner den neuen Finanzminister Dr. Mattes, den neuen Unterrichts- und Kultusminister Dr. Schmitt und den neuen Justizminister Witte mann und die beiden neuen Staatsräte.

Staatspräsident Witte mann dankt dem Präsidenten für die soeben gesprochenen Worte. Die neue Regierung sei sich bewußt, in welcher schwierigen Verhältnisse sie die Geschäfte übernimmt. Es ist der feste Wille der Regierung, im Rahmen der Verfassung nach Gutes und Recht alles zu tun, um das Land besseren Verhältnissen entgegenzuführen. — Darnach wird gegen 1/2 Uhr die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf 1/2 Uhr festgesetzt.

Um 7 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Zum Aufbruch kommt zunächst ein Bericht des Geschäftsordnungsausschusses betr. die Staatsverfolgung des Abg. Böning wegen Verwehrens gegen die Ver-

ordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen. Der Ausschuss beantragte, die Immunität des Abg. Böning aufzuheben. Das Haus beschließt demgemäß. Berichterstatter war Abg. Meuth.

Es folgt ein Antrag der liberalen Arbeitsgemeinschaft betr.

Förderung der Ausfuhr von Vieh aus dem Grenzland Baden

Der Antrag fordert, dem Grenzland Baden sollten seitens des Reichs größere Mittel als bisher zur Förderung der Ausfuhr von Vieh zur Verfügung gestellt werden. Der Haushaltungsabg. beantragt, dem Antrag zuzustimmen. — Abg. Dr. Walder (DZ.) begründet kurz den Antrag, dem dann ohne Debatte zugestimmt wird. Es folgen Gesänge. Die Gemeinde Königsbach verlangt eine Zu-

wendung aus dem Westfälischen Fonds für Entwässerung und Weidewirtschaftsarbeiten. Der Ausschubberichterstatter Dr. Walder beantragt, das Gesuch durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären; das Haus beschließt so.

Weiter berichtet Abg. Dr. Walder über ein Gesuch des Landesverbandes Baden des Deutschen Vereins für Vermessungswesen betr. Entlastung von Vermessungsassessoren und Geometern aus dem Staatsdienst. Der Antrag geht dahin, das Gesuch der Regierung in dem Sinne empfehlend zu überweisen, daß geprüft wird, ob die Assessoren, denen gekündigt ist, nicht weiterhin beschäftigt werden können. — Dieser Antrag wird angenommen. — Die Tagesordnung ist damit erledigt. — Der Präsident teilt nach verlesener Tagesordnung in der Besetzung der Ausschüsse mit. — Die Sommerarbeiten des Landtags sind damit beendet. Der Präsident schlägt als nächste Sitzung den Anfang September vor. Das Haus stimmt dem Vorschlag zu. Schluß der Sitzung gegen 1/2 Uhr.

Sparsamkeit in Baden

Das Gutachten der Sparkommission

Bekanntlich hatte das badische Staatsministerium im Januar letzten Jahres eine Sparkommission für das Land Baden ernannt, der die Aufgabe gestellt war, an Hand der Reichsfinanzstatistik zu prüfen, auf welche Ursachen es zurückzuführen ist, daß die Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Baden höher sind wie die des Nachbarlandes Württemberg, und welche Sparmaßnahmen organisatorischer wie personeller Art zur Verringerung etwa bestehender unbegründeter Mehrausgaben gemacht werden können. Das Gutachten dieser Sparkommission liegt nun nach 1 1/2-jähriger Arbeit vor, wurde gestern im Landtag verlesen und ist nun der Öffentlichkeit übergeben.

Das Gutachten ist ein umfangreicher Band von 186 Druckseiten. In 4 Abschnitten sind in 7 Gutachten die Auffassungen und Vorschläge der Sparkommission zusammengefaßt. Das erste Gutachten betrifft die Volksvertretung, das zweite Gutachten das Staatsministerium, das dritte den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern, es werden in 4 Unterabschnitten die Vorschläge zur Verwaltungsreform, zur Geschäftsvereinfachung usw. behandelt, dann folgt das Gutachten zur Justizverwaltung, das Gutachten für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts, das Gutachten zum Rechnungshof und endlich das Gutachten zur Finanzverwaltung. In zahlreichen Unterabschnitten werden die einzelnen, vielfachgestaltigen Sparten der verschiedenen Ministerien behandelt.

Mit zu dem interessantesten und beachtenswertesten Teil des Gutachtens dürfte wohl gleich der erste Abschnitt gehören, das

Gutachten über die Volksvertretung

Zunächst wird in einer Gegenüberstellung der Aufwand persönlicher und sachlicher Art für den badischen und den württembergischen Landtag aufgeführt. Danach betrug im badischen Landtag der persönliche Aufwand 143 600 M., im württembergischen Landtag 145 140 M., der sachliche Aufwand in Baden 557 790 M., in Württemberg 675 400 M., so daß der Zuschußbedarf in Baden 695 800 M. beträgt, in Württemberg 713 540 M. Es folgt eine vergleichsweise Gegenüberstellung der Landtagsbeamten in beiden Ländern. Und dann macht die Sparkommission folgende

Ersparnisvorschläge

Die Aufwandsentschädigung für Abgeordnete, deren Wohnort nicht weiter als 35 Kilometer von Karlsruhe entfernt liegt, sollte auf den Satz ermäßigt werden, der für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten gilt. Ebenso wäre die Entschädigung für Beamten-Abgeordnete, die während der Zeit ihrer Inanspruchnahme durch den Landtag ihr volles Gehalt weiter beziehen, angemessen zu ermäßigen. Beide Vorschläge entsprechen den Anforderungen der Billigkeit.

In Württemberg sind die planmäßigen Stenographen teilweise verpflichtet, an staatlichen Schulen ohne jede besondere Gegenleistung Stenographieunterricht zu erteilen. Es sollte geprüft werden, ob sich nicht in Baden dieselbe Einrichtung schaffen ließe. Auch sollte es möglich gemacht werden, die Stenographen zu stenographischen Aufnahmen größerer wichtiger Tagungen oder Konferenzen in den Ministerien oder besondere Vergütungen herauszugeben. Weiter ist anzusetzen, daß die Verwaltungsinspektorenstelle 4 a durch eine Oberkreisdirektorenstelle 4 b zu ersetzen.

§ 25 der badischen Verfassung vom 21. März 1910 bestimmt im Gegensatz zu Württemberg, wo nach Artikel 15 des Landtagswahlgesetzes vom 4. April 1924 der Landtag sich aus 80 Abgeordneten zusammensetzt, daß nach dem so genannten automatischen Verfahren auf je 10 000 der bei der Landtagswahl abgegebenen Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Bei der letzten Landtagswahl führte dieses Verfahren zu einer Zahl von 88 Abgeordneten. Diese Zahl ist im Verhältnis zur Größe des Landes Baden und zu seinem insbesondere gegenüber der Vorkriegszeit erheblich geminderten Aufgabenskreis überreichlich. Eine

Verminderung der Zahl der Abgeordneten

erscheint nicht nur erträglich, sondern auch als das einzige Mittel, um bei der Volksvertretung eine nennenswerte Ersparnis zu erzielen. Es dürfte durchaus genügen, wenn auf 20 000 Stimmen ein Abgeordneter entfiel. Dadurch würde sich die Zahl der Abgeordneten etwa um die Hälfte vermindern. Allenfalls dürfte es auch genügen, die Abgeordnetenzahl auf 60 zu ermäßigen. Auch wäre es zweckmäßig, ähnlich wie in Württemberg zu bestimmen, daß der Landtag sich aus einer ein für allemal feststehenden Zahl von Abgeordneten zusammensetzt. Hand in Hand mit dieser Verringerung der Abgeordnetenzahl hätte dann auch eine entsprechende Verringerung der Ausschüsse zu geben.

Zu diesem Zweck müßte der § 25 der badischen Verfassung entsprechend geändert werden. Diese Wenderung kann aber nach § 23 Absatz 1 der Verfassung nur im Wege der

Volksabstimmung

herbeigeführt werden. Das gibt Anlaß zur Prüfung, ob nicht bei dieser Bestimmungen der Verfassung eine Wenderung notwendig und vertretbar ist. Die Prüfung wird zu einem befriedigenden Ergebnis kommen müssen. Die Erfahrungen seit der Schaffung der neuen badischen Verfassung haben bewiesen, daß die Bestimmung in § 23 Absatz 1 der Verfassung sich als eine

Ueberbetonung der Stabilität der Verfassung

zum ausgesprochenen Nachteil ihrer Anpassungsfähigkeit darstellt. Baden ist mit dessen das einzige deutsche Land, bei dem der über-

zeitliche Gedanke der verfassunggebenden Gewalt des Volkes in dieser extremsten Form Eingang in die Verfassung selbst gefunden hat. Für Hessen gilt hierbei noch die Einschränkung, daß zur Verfassung der Verfassung statt der Volksabstimmung auch ein Landtagsbescheid mit acht Zehntel Mehrheit genügt. Die Weimarer Verfassung läßt Verfassungsänderungen mit zwei Drittel Mehrheit bei der Zustimmung von zwei Dritteln der Abgeordneten zu (Artikel 76 Nr. 2). Dem Beispiel der Weimarer Verfassung sind sämtliche deutsche Länder mit Ausnahme Badens und Hessens im wesentlichen gefolgt. Die durchaus wünschenswerte Stabilität der Verfassung dürfte durch das Verlangen einer qualifizierten Abstimmungsmehrheit nicht in den anderen Ländern auch in Baden genügend gewährleistet sein, während andererseits auf diesem Wege die notwendige Anpassungsfähigkeit der Verfassung in beträchtlichem Umfang gehoben würde. Erfahrungsgemäß hat gerade die Bestimmung in § 23 Absatz 1 der Verfassung, die für Verfassungsänderungen das komplizierte und umständliche Volksabstimmungsverfahren vorschreibt, verhindert, diejenigen Bestimmungen der badischen Verfassung, die durch die Reichsverfassung derogiert, geändert oder inhaltlos geworden sind, dem jetzigen Rechtszustand anzupassen. Demzufolge stellt die badische Regierung heute einen Vorstoß dar, dessen Bestimmungen zum Teil zweifellos unzulässig oder überflüssig sind, während bei anderen die Gültigkeit zweifelhaft sein kann.

Es ist daher durchaus erwägenswert und tragbar, durch eine etwa mit der nächsten Landtagswahl zu verbindende Volksabstimmung zunächst den § 23 Absatz 1 der badischen Verfassung entsprechend dem Vorbild der Weimarer Verfassung dahin zu ändern, daß die badische Verfassung im Wege der Gesetzgebung geändert werden kann, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags anwesend sind und mindestens zwei Drittel der Anwesenden ihre Zustimmung erteilen.

Nach Verheerung dieser Wenderung könnte dann daran gegangen werden, die badische Verfassung mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen und dabei auch Bestimmungen zu ändern, die sich nach den Erfahrungen der elf Jahre seit Inkrafttreten der badischen Verfassung zweifelhaft sind, auf welche die praktischen Bedürfnisse angeht ermitteln haben. Auf diesem Wege wäre dann auch in der oben angeführten Weise die aus sachlichen Gründen, insbesondere zu Erparniszwecken, dringend notwendige Verminderung der Ueberzahl der badischen Landtagsabgeordneten herbeizuführen.

Allgemeines aus dem Spargutachten

Im Allgemeinen behält das Gutachten unter Hinweis auf die außerordentliche Belastung der Staatskasse durch die Rückgehälter und Hinterbliebenenversorgung mit rund 25 Millionen Reichsmark für alle Ministerien die Notwendigkeit hervor, auf eine Verminderung des persönlichen Aufwandes hinzuwirken. Dieser Aufwand könnte nach ihrer Ansicht dadurch erheblich vermindert werden, daß die Verwaltung sich künftig mehr als bisher darauf beschränken würde, nur die mit eigentlichen Hoheitsaufgaben des Staates belasteten Arbeitskräfte im Beamtenverhältnis anzustellen.

Staatsministerium

wird gefordert, daß dem Charakter der Zeit entsprechend auch künftig auf dem Gebiete der repräsentativen Ausgaben mögliche Zurückhaltung geübt werden müsse.

Berterung Badens bei der Reichsregierung

wird u. a. die Herabsetzung der Aufwandsgehälter vorgeschlagen und zwar die des Generalen von 15 000 RM. auf 8 000 RM., höchstens 10 000 RM., und die der übrigen Beurlaubten auf 3 000 bis 2 000 RM.; in entsprechendem Maße auch die Aufwandsgehälter der sonstigen Beamten. Die dem Generalen gewährten Vergütungen für den Personentransport und die Haltung eines Diensthofens sind zu streichen.

Eingehend beschäftigt sich das Spargutachten mit der Frage der Verwaltungsreform

Die Kommission schlägt eine durchgreifende Wenderung unserer Verwaltungsorganisation vor, so die Bildung von Amtsbezirken an Stelle der Amtsbezirke, denen die Aufgaben, die bisher von den elf badischen Kreisen, den Bezirksfürsorgeverbänden und den Wohnungsverbänden erfüllt worden sind, übertragen werden sollen. Um lebensfähige Körperschaften zu erhalten, muß die Zahl der Amtsbezirke erheblich vermindert werden. Höchstens 27 Amtsbezirke hält die Sparkommission für vertretbar. Die Sparkommission schlägt für den Fall der Verbindung der Amtsbezirke mit der Selbstverwaltung eine Neueinteilung mit folgenden Amtsbezirken vor: Tauberbodensee, Bingen, Mosbach, Mannheim, Heidelberg, Sinsheim, Bruchsal, Karlsruhe, Forstheim, Rastatt, Bühl, Offenburg, Kehl, Wolfach, Laub, Emmendingen, Freiburg, Neustadt, Müllheim, Lärach, Schopfheim, Wiltmann, Donaueschingen, Stodach, Ueberlingen, Konstanz und Waldsee. Von den Städten sollen nur die fünf größten, nämlich Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Forstheim und Heidelberg nicht in die Amtsbezirke einbezogen werden. Im übrigen ist die Einbeziehung der Städte abzuheben, um den Ausgleich zwischen Stadt und Land herbeizuführen und die Amtsbezirke für dauerhafte Leistungsfähigkeit zu gestalten.

Bezirksräte

sind nach Auffassung der Sparkommission zu groß. In der Spitze der Verwaltung der Amtsbezirke soll der Landrat stehen. Die

Kommission ist gegen die Uebertragung der gebobenen Fürsorge an die Gemeinden. Zur Verwaltung des Landesfürsorgewesens ist eine Landesfürsorgebehörde mit einem staatlichen Vorsitzenden zu bestellen. Die Frage, ob im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform die Landeskommissäre beibehalten werden sollen, wird von der Kommission bejaht. Sie ist gegen eine Selbständigmachung der Polizeidirektionen, insbesondere derjenigen von Karlsruhe und Mannheim, und ebenso gegen die Angliederung des Verwaltungsgerichtshofes an das Oberlandesgericht.

Bei einer **Änderung der Gemeindeordnung**, die die Regierung in nächster Zeit wohl vorschlagen wird, werde auch die Frage zu prüfen sein, ob sich die

Einführung des Einküppersystems empfiehlt. Die Vereinigung gleichartiger benachbarter Gemeinden zu einer Gemeinde sollte mehr wie bisher angestrebt werden. Zielsetzung könnte nach württembergischem Vorbild die Wahl eines gemeindefürsorglichen Bürgermeisters durch mehrere benachbarte Gemeinden oder die Errichtung einer Bürgermeisterei durch sie in unserer Gemeindeordnung vorgelesen werden. Schließlich glaubt die Spar-Kommission nicht unerwähnt lassen zu sollen, daß ihr auch eine Zusammenlegung von Handelstammern möglich erscheint. Man müßte in Baden mit vier bis fünf Handelstammern statt zur Zeit neun auskommen. Man denkt dabei an Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Konstanz und Pforzheim. In gleicher Weise scheinen der Sparr-Kommission vier Handelstammern über das Bedürfnis hinausgehen.

Das Gutachten schlägt dann eine Reihe von Wegen zur **Geschäftsvereinfachung** vor. So soll entbehrliche Verlehrsartikulation künftig wegfallen. Weiter sollen eine Reihe von Zuständigkeiten das Reich und an die Gemeinden verweisen werden. Auf dem Gebiete der

Justizverwaltung schlägt die Kommission vor, die **Fürsorgeverwaltung** wieder dem Innenministerium zu übertragen. Weitere Einsparnisse könnten in der Konzele durchgeführt werden. Durch Neu- und Umbesetzungen wird eine Ersparnis von rund 80 000 M. errechnet. Die Kommission nimmt weiter Stellung zu der

übermäßigen Verlängerung der Urlaube. Freisetzung der Urlaubsdauer für dringend erforderlich. Die Notariate müssen in ihrer Zahl herabgesetzt werden. Auch ihre Besetzung bedarf einer durchgreifenden Reorganisation. Hinsichtlich der **Gemeindeverordnungsämter** wird gleichfalls eine Verringerung vorgeschlagen, um die bisher ungenützten Einwirkungen auf die Staatskasse auszufällen. Bei dem **Aufsichtspersonal** in den Strafanstalten errechnet das Gutachten eine Ersparnis von 75 000 M., wenn eine Verminderung des Aufsichtspersonals um vierzehn Ränge und eine andere Verteilung des Aufsichtspersonals auf entsprechende Geschäftszweige vorgenommen wird. Auf dem Gebiete des **Fürsorgeerziehungswesens** dürften sich ebenfalls noch Ersparnisse erzielen lassen.

Zusammenfassend schlägt die Kommission für die **Justizverwaltung** die Aufhebung des Landesgerichts Heidelberg vor. Das **Landgericht Waldsuhl** soll dem Landgericht Freiburg zugewiesen werden. Die entstehenden Ersparnisse sind beträchtlich. Für die

Aufhebung von Amtsgerichten kommen folgende Plätze in Betracht, Weilsheim, Oberbach, Redarhillsheim, Eppingen, Philippsburg, Gernsbach, Gernsbach und Bonnborn. Auch die Amtsgerichte St. Walten, Wülendorf, Staufen, Schwegenen, Durlach, Ettlingen und Wiesloch können unter Umständen aufgehoben werden. Die Gesamtersparnis für 15 auf-

gehobene Amtsgerichte beläuft sich hinsichtlich des **persönlichen Aufwandes** auf rund 40 000 M. Im **Geschäftsbereich** des

Ministeriums des Kultus und Unterrichts wird für das Rechnungswesen durch eine neue Personaleinteilung eine Ersparnis von 90 000 M. errechnet. Bei der Bezirksaufsicht wird die Gesamtersparnis durch Umstellung im Personalkörper auf rund 80 000 M. errechnet. Die Tatsache, daß der persönliche Aufwand für die **Hoch-, Fortbildungs- und Mittelschulen** in Baden um rund vier Millionen höher als in Württemberg ist, führt nach eingehender Darlegung der Verhältnisse auf diesem Gebiete zu dem **Gesamtersparnisvorschlag** von rund 3,55 Millionen Mark. Dabei wird zunächst ein

Abbau von 500 Lehrstellen vorgeschlagen. Bei den **Handels- und Gewerbeschulen** besteht die Möglichkeit, 800 000 M. einzusparen. Generell steht die Kommission bei den höheren Schulen auf dem Standpunkt, daß Schulen, die nicht ausreichend besucht sind, aufzuheben sind. Es wird die organische Verbindung von Knabenschulen mit Mädchenrealschulen vorgeschlagen. Die **Gesamtersparnis** bei den höheren Schulen beläuft sich nach den Vorschlägen der Kommission auf rund 1 Million Mark.

Was die **Lehrerbildungsanstalten** betrifft, so werden umfangreiche Einsparnisse durch Einschränkungen im Personaletat vorgeschlagen. Das gleiche gilt auch für den Personalaufwand auf den **badischen Universitäten**. Hier wird besonders auf die erheblichen **Nebeneinnahmen** hingewiesen, die ein Teil der Dozenten erhalten. Durch **Wirtschaft** an den Gehältern für die Lehrkräfte werden mindestens 160 000 M. Ersparnisse vorgeschlagen. Durch eine Verringerung der Zuteilung des Anteils der **Unterstützungsstellen** an den Staat wird eine **Wahrnehmung** für die Staatskasse von 100 000 bis 200 000 M. ankommen. Die Kommission ist weiter der Ansicht, daß die **Zahl der Lehrkräfte** an den beiden badischen Universitäten zu groß ist. Kritik wird an den erheblichen Bezügen in der sogenannten **Wissenschaft** geübt. Bei den **Tarifforderungen** an den Universitäten können rund 50 000 bis 90 000 M. gespart werden. Für die **Technische Hochschule Karlsruhe** können nach den Vorschlägen der Sparr-Kommission 170 000 M. gespart werden. Der **Abchnitt Theater- und Konzerte** kann durch erhebliche **Wirtschaft** am Personaletat vermindert werden. Das gleiche gilt für das **Generallandesarchiv**, die **Landesbibliothek**, die **Museen** und **wissenschaftlichen Behörden**. Beim **Rechnungshof** sind nach Ansicht der Kommission etwa 30 000 M. einzusparen.

Bei der **Finanzverwaltung** wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Zahl der Referate beim Finanzministerium vermindert werden kann. Das **Hochbauwesen** könnte im Finanzministerium konzentriert werden und zwar nach württembergischem Vorbild.

Schließlich beschäftigt sich das Gutachten noch eingehend mit **Ersparnisvorschlägen** auf den Gebieten der **Domänenverwaltung**. Es bringt eingehende Vorschläge für die **Ausgaben- und Einnahmewirtschaft**, nimmt Stellung zu der **Geschäftsführung** in der Berg- und Salinenverwaltung, der **Wasser- und Straßenbaudirektion** u. a. m. Endlich wird festgestellt, daß bei der **Wahschaffs- und Hinterlieberungsverordnung** ein Betrag von rund 25 Millionen Reichsmark durch die Staatskasse eine außerordentliche Belastung darstellt. Eine **Verminderung** des persönlichen Aufwandes in diesen Verwaltungen wird als **wünschenswert** angesehen.

Dieser **Aussatz** aus dem Gutachten der Sparr-Kommission über die **badische Staatsverwaltung** versucht **selbstverständlich** nur in groben Umrissen ein Bild von den zahlreichen Vorschlägen zu geben, die in dem Gutachten enthalten sind und die im Wesentlichen alle Gebiete der Staatsverwaltung und ihrer Nebenbetriebe umfassen.

Gewerkschaftliches

Gewerkschaftsappell zur Arbeitszeitverkürzung

Die Verhandlungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben bis jetzt einen wenig befriedigenden Verlauf genommen. Umso beachtenswerter ist unter diesen Umständen ein Appell der Gewerkschaftszeitung an die Regierung in der Frage der Arbeitszeitverkürzung. Das Organ des ADGB bringt in seiner neuesten Nummer einen Artikel über Notverordnung und Arbeitszeit. Er schließt nach der bemerkenswerten Feststellung, daß seit geraumer Zeit mehr oder weniger stark kurzarbeitende Betriebe mit voll oder über 48 Stunden hinaus arbeitenden Betrieben konkurrieren, ohne dabei zugrunde zu gehen, mit folgenden Worten:

Wir müssen, um es noch einmal mit aller Energie zu betonen, von der Regierung verlangen, daß sie die in der Notverordnung gegebene Möglichkeit bis zum letzten ausschöpft. Darüber hinaus aber wird es die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung bleiben, unentwegt auf die weitere **gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit** hinzuwirken. Die Notverordnung erreicht dieses Ziel nicht. Ihre Bestimmungen über die Arbeitszeit stellen nicht die Erfüllung der Forderung der Gewerkschaften nach der **Vierzigtstundenwoche** dar. Sie sind nur ein **bläßer Schatten** des großzügigen Angebots der **Arbeitsnehmerchaft**, durch Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben Raum zu schaffen für die **arbeitslosen Kameraden**. Also muß eine **andere Arbeitszeitregelung** an ihre Stelle treten.

Allem Anschein nach will die Regierung die Arbeitszeitverkürzung nun einfach den **Tarifverhandlungen** überlassen. Wenigstens muß man das aus **Andeutungen** christlicher Presseorgane schließen, in denen betont wird, daß es leichter sei, die mit einer Arbeitszeitverkürzung verbundenen **Lohn- und Einstellungsfragen** im Zusammenhang mit **schwebenden Tarifverhandlungen** zu regeln, als durch eine **Verordnung** in bestehende Tarifverträge einzugreifen. Vorerst werde es wohl nur in den Gewerbeten, die vor dem **Neuabschluss** von Tarifverträgen stehen, im Rahmen der **Verhandlungen** auch zu **Vereinbarungen** über eine **Arbeitszeitverkürzung** kommen. Das treffe z. B. für die **Metallindustrie** Nordwest zu. — Warum hat man dann nicht schon beim **Lohnabbau** die **Arbeitszeitverkürzung** miterlebt?

Arbeitszeitverkürzungsverhandlungen als sauler Zauber

Die im Reichsfinanzministerium zwischen den **Angestellten-Gewerkschaften** und den **Vertretern** der Reichsverwaltung, der Reichsbahn und der Reichsbank **hatten** gefundenen **neuen Verhandlungen** über die **Einführung** der **48stündigen Arbeitswoche** für **Beschäftigten** brachte kein Ergebnis. Die Gewerkschaften beharrten bei ihrer **bisherigen Forderung**, daß die **Verkürzung** der **Arbeitszeit** nicht für die **Angestellten** allein (also ohne Beamte) eintreten dürfe. Die in Verbindung mit der **Arbeitszeitverkürzung** geplante **Gehaltsverminderung** werde **abgelehnt**.

Der **Vertreter** der Reichsverwaltung erklärte darauf, daß unter diesen Umständen die **angestrebte tarifliche Vereinbarung** nicht **austandkommen** könne. Die **Reichsregierung** werde im **Wege** der **Verordnung** die **Arbeitszeitverkürzung** nicht **festsetzen**.

Auf eine **Frage** des **Vertreters** des **Zentralverbandes** der **Angestellten**, wie es mit der **Einführung** der **48stündigen Arbeitszeit** in den **Verwaltungen** und **Betrieben** des **Reiches** stehe, erwiderte der **Vertreter** des **Reichsfinanzministers**, daß auch daran nicht zu **denken** sei, weil es der **Reichsverwaltung** an den **erforderlichen Mitteln** fehle.

Die **Arbeitszeitverkürzungsverhandlungen** sind, soweit die **Arbeitgeber** und die **Regierung** in **Frage** kommen, **nichts** anderes als **sauler Zauber**.

Abchluß des Verbandstages der Maler

Der **Breslauer Verbandstag** der **Maler** beschäftigte sich an den **selben** **letzten** **Verbandstagen** mit den **Unfallgefahren** und mit den **Anträgen** zur **Änderung** der **Satzungen**. Der **Arbeitsratsvorsitzende** des **ADGB**, **Robert Sachs**, beauftragte die **neuen** **Angehörigen** der **Maler** zur **Sicherung** von **Leben** und **Gesundheit** in ihrem **Beruf**. Zur **Zeit** **erfolgt** ein **Umbau** der **gesamten** **Unfall- und Krankenerhaltungsvorschriften**. Bei der **Beratung** der **neuen** **Fassung** ist von **gewerkschaftlicher** Seite **besonders** auf eine **aktive** **Mitarbeit** der **Arbeitsratshaltung** am **Kampf** gegen die **Unfallgefahren** Wert **gelegt** worden, und **nach** **langen** **Verhandlungen** wurde **erreich**, daß die **Betriebsverwaltung** **künftig** bei der **Abwehr** der **Berufsgenossen** **einehalten** wird. **Nicht** des **Betriebsrates** wird es **künftig** sein, an der **fortlaufenden** **Ueberwachung** der **Betriebe** teilzunehmen. **Vor** **allem** **müssen** die **Leiter** der **Zugabeabteilungen** sich um die **Auffklärung** der **jüngeren** **Elemente** der **Belegschaft** bemühen. Der **Kampf** um den **Arbeitsratshaus** muß auf der **Arbeitsstelle** selbst **ausgenommen** werden.

Die **Aussprache** brachte **wertvolle** **Mitteilungen** und **Anregungen**. Der **Inhalt** der **neuen** **Reiseverordnung**, so **betonte** **Schwa** **die** vom **Hauptvorstand**, sei **noch** **sehr** **ungenügend**, da ihr **Hauptteil** **eigentlich** nur für die **Industrie** in **Frage** komme. **Besonders** **bedauerlich** sei, daß die **neue** **Verordnung** nicht das **Reiseverbot** **verboten** habe; **denn** die **größte** **Gefahr** **entstehe** aus der **Einmischung**. Von **verschiedenen** **Delegierten**, wie **Stahlbaum**, **Dresder** und **Kilian**, wurde auf die **schweren** **Ertränkungen** durch **Terpentin** **hingewiesen**.

Bei der **Beratung** der **Vorschläge** zur **Änderung** der **Satzungen** spielte der **Widerstreit** zwischen der **notwendigen** **finanziellen** **Stärkung** des **Verbandes** und der **ebenfalls** **notwendigen** **Verbesserung** der **Arbeitslosenunterstützung** die **Hauptrolle**. Der **Verbandsbeitrag** richtete sich **bisher** im **allgemeinen** **nach** den in den **einzelnen** **Orten** **bestehenden** **tariflichen** **Stundenlöhnen** für **Gehilfen** über **20** **Jahre**. An **diesem** **Grundjah** wurde **festgehalten**. **Alle** **Anträge** auf **Herabsetzung** der **Beiträge** wurden **abgelehnt**, da **bereits** als **Folge** des **Abzuges** **ein** **Vertrags** **eintritt** **ist**. Das **wichtigste** **Ergebnis** der **Beschlüsse** zur **Frage** der **Erwerbslosenunterstützung** ist eine **Kürzung** der **Sätze** um **5** **Pfennig** **pro** **Tag**, wofür als **Ausgleich** eine **Verlängerung** der **Unterstützungsdauer** von **20**, **30**, **40**, **50** **Tagen** um je **weitere** **5** **Tag** **festgelegt** wurde. **Künftig** **erhält** **jedes** **Mitglied** im **Rahmen** der **Streikunterstützung** für **seine** **Frau** **einen** **Zuschlag** von **30** **Pfennigen** **pro** **Tag**. Das **Eintrittsgeld** wurde für **männliche** **Kollegen** wieder auf **1** **Mark** **festgelegt**; **davon** **erhält** die **Hauptkass** **80** **Pfennig**. Für **weibliche** **Kollegen** beträgt es in **Zukunft** **50** **Pfennig**, wovon **40** **Pfennig** an die **Hauptkass** **gehen**. **Beihilfen** sind vom **Beitrag** **befreit**.

Die **Frage** des **Zusammenchlusses** mit dem **Baugewerksbund** wurde **angesichts** der **Unklarheit** der **gegenwärtigen** **Verhältnisse** **zurückgestellt**. Der **Verbandsvorstand** wurde **fast** **einstimmig** **zurück** **gegen** die **Stimmen** der **kommunistischen** **Leipziger** **Delegierten** **wiedergewählt**. **Buch** und **Mark** **schieden** wegen **Krankheit** und **Alter** aus dem **Verbandsdienst** aus.

Die **Nachverhandlungen** im **Reichsarbeitsministerium** über den **Schiedspruch** für den **Wagener** **Steinkohlenbau** sind **ergebnislos** **verlaufen**. Der **Reichsarbeitsminister** hat **daraufhin** den **Schiedspruch** für **verbindlich** **erklärt**. Der **Schiedspruch** besagt: Die **ursprüngliche** **Lohnregelung** bleibt **ohne** **zeitliche** **Unterbrechung** **über** den **30.** **Juni** **hinaus** **in** **Kraft**. Sie ist **erstmalig** **am** **1.** **zum** **30.** **September** **kündbar**. **Erfolgt** **dann** **keine** **Kündigung**, so **läuft** sie **drei** **Monate** **mit** **einmonatiger** **Kündigungsfrist** **weiter**.

Schlägerei an Münchener Universität

Nazistudenten wollen Universitätskandal

München, 30. Juni. (Eig. Drabt.) Infolge neuer Skandalisierungen der nationalsozialistischen Studenten, die zu schweren Gewalttaten und zu Blutvergießen führten, wurde die **Münchener Universität** am **Dienstag** **vormittag** bis auf weiteres **geschlossen**.

Die **Vorlesung** des **Professors** **Nawiaty** über **Völkerecht** von **12** **bis** **13** **Uhr** war **wiederum** **überfüllt**, obgleich von den **Saalbesuchern** nur **Angehörige** der **juristischen** und **staatswissenschaftlichen** **Fakultät** zugelassen waren. **Rund** **400** **Studenten** empfinden den **Professor** mit **stürmischem** **Beifall** und **minutenlangem** **Händeklatschen**. **Nawiaty** dankte mit **den** **Worten**, die **Kundgebung** **beweise** ihm, daß **man** an den **deutschen** **Studenten** noch **nicht** zu **verzweifeln** **brauche**. **Daraufhin** **forderte** er **diesjährigen**, die **nicht** **bei** ihm **besetzt** **hatten** **auf**, den **Hörsaal** zu **verlassen**. **Der** **Aufforderung** wurde **ohne** **Störung** **folgt** geleistet.

Inzwischen hatte sich aber auf dem **Gang** vor dem **Hörsaal** eine **größere** **Anzahl** von **Nazi-Studenten** **angesammelt**, die **das** **Hörsaal**-**Gezetz** und **das** **Denkmal** **in** **die** **Hand** **nahmen**. **Dann** **setzten** sie **mit** dem **Sprechchor** ein: „Seil Hitler, Judas verreck! Dant Nawiaty, Rasche.“

Dubendiese **riefen** die **Nazis** über **andere** **gesinnung** **Studenten** **her** und **schlugen** sie **zum** **Teil** **blutig**. **Endlich** **ergriffen** der **Rektor** mit **einigen** **Universitätsbeamten**, die **sich** **aber** **vollkommen** **passiv** **verhielten**. **Immerhin** **ließ** sich der **Rektor** **bewegen**, die **Polizei** zu **Silfe** zu **rufen**, die **bei** ihrem **Erscheinen** von **viele** **empörten** **Studenten** mit **Händeklatschen** **beglückwünschte** **wurde** und **sofort** **mit** **Gummiknüppeln** und **blauer** **Waffe** die **Gänge** vor dem **Hörsaal** **räumte**. **Verdrehungsgemäß** **ammelten** sich die **Nazi-Studenten** **dann** **im** **Nachhof** der **Universität**, wo **einer** von **ihnen** eine **Ansprache** **hielt**. **Von** den **oberen** **Stadtwerten** wurden **Handzettel**, **untergeschrieben** vom **nationalsozialistischen** **Studentenbund**, **herabgeworfen**, die die **Auf-**

forderung zu einer **Kundgebung** gegen den **Verfall** **Vertrag** **enthielten**. **Bald** **räumte** die **Polizei** auch den **Nachhof** und **drängte** die **Demonstranten** auf die **Straße**, die **vollkommen** **abgeriegelt** **wurde**. **Ein** **formierter** **Zug** der **Sanktionsur** wurde **sofort** **aufgestellt**, ein **Teil** der **Studenten** **verhaftet**. **Inzwischen** **hatte** der **Rektor** die **Universität** **sperrt** **lassen** und die **Schließung** auf **unbestimmte** **Zeit** **verlegt**.

Unter den **Verhafteten** befinden sich **viele** **Angehörige** der **von** **Hitler** **besonders** **verurteilten** **Technischen** **Hochschule**, **sowie** **mehrere** **Nazistudenten**. **Dies** und **eine** **Reihe** **anderer** **Tatfachen** liefern den **schlüssigen** **Beweis**, daß der **Standal** und die **Gewalttätigkeiten** **planmäßig** **von** **nationalsozialistischen** **Studenten** **organisiert** **waren**.

Nationalsozialistische Demonstration vor der Hamburger Universität

Hamburg, 30. Juni. Zu dem **Verbot** der **studentischen** **Kundgebungen** durch die **Hamburgischen** **Universitätsbehörden** **berichten** die **Blätter**, daß es **sich** **bei** der **ganzen** **Angelegenheit** um **eine** **nationalsozialistische** **Demonstration** **gehandelt** **hat**. **Das** **gebe** **aus** dem **Verhalten** der **Studentenschaft** **klar** **her**. **Als** **der** **Rektor**, **Prof. Dr. Brauer**, aus dem **Hause** **getreten** **ist**, um die **Demonstranten** zu **beruhigen**, **habe** **man** **von** der **Valustrade** eine **große** **Hakenkreuzfahne** **herabgelassen**. **Eine** **SA-Abteilung**, **bei** der **sich** **keine** **Studierenden** **befanden**, **soll** **durch** **ihre** **Geschrei** **Prof. Dr. Brauer** **am** **Sprechen** **gehindert** **haben**, **bis** **sich** **schließlich** **selbst** **die** **nationalsozialistischen** **Studenten** **gegen** **das** **Auftreten** **ihrer** **Parteisossen** **wandten**. **Zu** **ersteren** **Zwischenfällen** **ist** **es** **nach** **dem** **Verbot** **der** **Kundgebungen**, **das**, **wie** **erwähnt**, **nur** **für** **eine** **Veranstaltung** **auf** **dem** **Gelände** **der** **Universität** **selbst** **akt**, **nicht** **gekommnen**.

vertags ist die **strittige** **Umlagefrage**, d. h. die **Finanzierung** des **deutsch-englischen** **Konferenzkomplexes** **einem** **Schiedsgericht** zur **Erledigung** **überwiesen**.

Mit dem **Ergebnis** ist der **Kohlenkampf** im **Ruhrgebiet**, der bei **Ueberfüllung** der **Kohlenfelder** den **Kampf** **aller** **gegen** **alle** **bedeutet** **hätte**, **vermieden** **worden**.

Die Vertretung Bayerns in Berlin

Aus **Anlaß** der **Aufhebung** der **preussischen** **Gelandtschaft** in **München** **hat** **nunmehr** die **bayerische** **Regierung** **den** **außerordentlichen** **Gelandten** **und** **bevollmächtigten** **Minister** **Dr. Ritter v. Freger** **von** **seiner** **Aufgabe** **als** **bayerischer** **Gelandter** **bei** **Preußen** **in** **Leipzig** **und** **den** **An** **seiner** **Stellung** **gegenüber** **dem** **Reich** **ist** **eine** **Änderung** **nicht** **eingetreten**.

Reich Doumer in der deutschen Volkskammer

Paris, 30. Juni. Die **Angabe**, daß **Präsident** **Doumer** **das** **erste** **französische** **Staatsoberhaupt** **sei**, **das** **seit** **1914** **die** **deutsche** **Volkskammer** **betreten** **habe**, **erweist** **sich** **als** **unrichtig**. **Im** **September** **1920** **hat** **Präsident** **Millevand** **dem** **inzwischen** **verstorbenen** **Volkskammer** **Waver** **einen** **Besuch** **gemacht**.

Letzte Nachrichten

Klage Bayerns gegen Reich abgewiesen

W.B. Leipzig, 30. Juni. Der **Staatsgerichtshof** für **das** **Deutsche** **Reich** **hat** die **Klage** **Bayerns** **abgewiesen**, die **dahin** **ging**, daß **das** **Reich** **einer** **jeweiligen** **Zufuß** **zum** **Bau** **von** **Kleinbahnen** **von** **mehr** **als** **25** **und** **37,5** **Prozent** **der** **Bausumme** **zu** **leisten** **habe**.

Erneuerung des Kohlenyndikats

Essen, 30. Juni. (Eig. Drabt.) In **letzter** **Minute** **ist** **es** **gelingen**, die **Verhandlungen** zur **Erneuerung** **des** **Kohlenyndikats** **zu** **einem** **Erfolg** **zu** **föhren**. **Dem** **neuen** **Sonditatsvertrag**, **der** **bis** **zum** **Jahre** **1942** **läuft**, **sind** **bis** **auf** **die** **Niederbheinische** **Verkehrs-AG** **famtlliche** **Jedem** **beigetreten**. **Der** **Niederbheinische** **Bergwerks-AG** **ist** **aufgegeben** **worden**, **bis** **zum** **Donnerstag** **abend** **ihren** **Beitritt** **zu** **erklären**. **Durch** **die** **Erneuerung** **des** **Syndikats**

Aus der Stadt Durlach

Voranschlag angenommen

Der fünftägige Voranschlag wurde am Montag abend noch nahezu einstimmig angenommen. In der öffentlichen Sitzung am Montag abend noch nahezu einstimmig angenommen, nachdem rund 18 vorliegende schriftliche Anträge nach einem Voranschlag des engeren Ausschusses durch Uebernahme zur Tagesordnung erledigt waren. Erweiterter war die Tagesordnung noch durch einen Voranschlag des Stadtrats auf Einführung einer Gemeindegetränksteuer mit einem Steuerfuß von 5 v. H. auf Wein, weinähnliche und weinähnliche Getränke, Trübbranntwein, Mineralwasser, Kaffee, Kakao, Tee usw., soweit sie an Ort und Stelle verbraucht werden. Das Erträgnis ist mit 5000 M. veranschlagt und in den Voranschlag einzuflechten.

In der Begründung wird darauf verwiesen, daß sich die Stadtverwaltung hier in einer gewissen Zwangslage befindet. Die Reichsregierung habe einen Fond von 60 Millionen für notleidende Gemeinden mit hoher Wohlfahrtsverpflichtung zur Verfügung gestellt. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme sei jedoch, daß diese Gemeinden die für die Inanspruchnahme der Steuerquellen reiflich angeordnet hätten. Dadurch sei die Stadtverwaltung gezwungen, diese Steuer einzuführen, wolle sie nicht von vornherein auf Zuschüsse aus diesem Fonds verzichten und das könne sie angesichts der unabweisbaren Aufwendungen für den Bürgerhaushalt nicht verantworten, obgleich sie die sehr prekäre Lage des örtlichen Wirtschaftsgewerbes sehr wohl kenne. Doch sehe die Steuerordnung vor, daß im Einzelfalle aus Billigkeitsgründen Minderungen statfinden können. Die Steuer wird voraussichtlich am 1. August in Kraft gesetzt. Die Nationalsozialisten, die im Führerpropaganda verkündet hatten, sie seien die einzigen, welche zweckmäßige Anträge zum Voranschlag gestellt hätten, und auf diesbezügliche Anweisungen im Stadtrat erklären ließen, sie würden bei der Voranschlagsberatung im Bürgerausschuß ihre Anträge stellen, hatten anscheinend doch beabsichtigt, daß es ein Widerspruch ist, Anträge zu stellen und hiernach den Voranschlag abzulehnen. Soweit sind die Kommunisten noch nicht gelangt. Die Kleinheit von 12 Anträgen nebst einer Resolution, daß Stadtrat und Bürgerausschuß gegen die Steuerordnung Stellung nehmen sollen, hatten sie gestellt, welche für den Fall ihrer Annahme ein Weniger an Einnahmen von circa 100 000 M., ein Mehr an Ausgaben von circa 250 000 M. bedeutet hätten. Und dann Ablehnung des Voranschlags, der, wenn man die Arbeitslöhne und Gehälter der unteren Beamten, deren Sozialzulagen, die zur Arbeit notwendigen Materialien, den Schulaufwand, die Wohnungsbauverhältnisse und den Bürgerhaushalt in Betracht zieht, am wenigstens sieben Zehntel sozialen Aufwand darstellt, ungeachtet der sonstigen kulturellen Aufgaben der Gemeindeverwaltung, das ist eine Leistung, welche den Kommunisten so leicht niemand nachmacht. Besonders nicht mit der mehr als fabelhaften Begründung, es handle sich um einen „kapitalistischen“ Voranschlag, die Gemeinde sei eine „kapitalistische Einrichtung“, ein Teil des kapitalistischen Staates.

Während sie sich aber immerhin im allgemeinen einer gewissen Sachlichkeit in der Debatte befleißigten, leiteten die Nationalsozialisten das Schwergewicht auf ungeschickte, mit persönlichen Anspielungen besetzte Angriffe, namentlich gegen den Gen. Bürgermeister Rißler. Ihnen fehlte natürlich der einseitig noch vorhandene „nationalistische“ Herr Friedrich Kleiber, der anscheinend den Vorsitz bestrebt, sich immer mehr zur förmlichen Person des Bürgerausschusses zu entwickeln. Der nationalsozialistische Sprecher, Herr Diplombandwirt Steinmetz, hat den auch anderwärts von den Vertretern dieser Partei schon oft gehörten Beweis, daß man ohne Sachkenntnis und Erfahrung, wenn man nur über geringe Grundkenntnisse verfügt, auch Tatsachen umstülzen vermag, bei dieser Partei ganz auf eine Rolle spielen kann. Wenn er beispielsweise einen Vergleich zwischen der Pension des Fürsten Bismarck und der, welche Gen. Kemmle beanpruchen könne, zu ziehen verfuhr, ist es einfach „genial“. Daß es einen pensionsbeziehenden Herrn Reichskanzler Michaelis gibt, einen dilo Herrn Gano, vor deren Pensionsbezug die Nationalsozialisten sich schützend stellen, daß ein Herr Frid sich für seine knapp zwanzigjährige „Tätigkeit“ in Thüringen und dazu noch unter Vorpostelung falscher Tatsachen dieselbe Pension „gefordert“ hat, auf die Gen. Kemmle nach 12jähriger „Unfertigkeit“ gleichfalls Anspruch hätte, ist offenbar Herrn Steinmetz nicht bekannt. Ganz abgesehen davon, daß man als „Diplombandwirt“ den Unterschied der Geldwerte zwischen 1890 und heute nicht so fassen braucht.

Anzuerkennen ist, sehr im Gegensatz zu dem genannten Herrn, das sachliche und weitgehendste Verständnis seitens der Vertreter der kommunistischen Partei und des Zentrums, letzterer schritt auch die Eingemeindungsforderung an, anerkannten die Schwierigkeiten, mit welchen bei der Aufstellung des Voranschlags zu kämpfen war, an.

Von anderer Seite sprachen zum Voranschlag die Genossen Käfer, Pfaffgraff und Hugel, welche letzterer, nachdem noch Gen. Bürgermeister Rißler sich in temperamentovoller Weise mit den Angriffen auf Voranschlag und Stadtverwaltung auseinandergesetzt hatte, nachstehende Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion zur Verlesung brachte:

Erklärung zum Voranschlag!

Der vorliegende Voranschlag der Stadt Durlach bietet ein trübes Spiegelbild der unabweisbaren Notlage weitester Kreise der Bevölkerung.

Die Bürgerlasten haben eine Höhe erreicht, welche bei weiterem Steigen derselben zu ernstlichen Bedenken Anlaß geben. Wir verstehen nicht, daß größte Sparlichkeit überall geboten ist, um die sozialen Belange aller Volksschichten, besonders aber der wohlhabenderen Klassen, zu berücksichtigen, zu berücksichtigen.

Die durch die Notverordnung, zur vorläufigen Steuererhöhung bestellend, so lange den Gemeinden nicht ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, für sehr bedenklich. Die Einführung und Verdoppelung der Bürgersteuer ist im höchsten Maße unlosial. Die Einführung des Vermögenssteuersatzes auf 20 v. H. der Kubikmeter ist aus hygienischen Gründen bedauerlich. Beides belastet den ohnehin schon durch die Notverordnung weitester Kreise der Bevölkerung. Dasselbe gilt auch die Gemeindegetränksteuer.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion trotzdem die Zustimmung zum Voranschlag gibt, so tut sie das bei reiflicher und ernster Prüfung:

1. Um die Mittel für alle hilfsbedürftigen Volksgenossen, insbesondere der Wohlfahrtsvereinslosen und ihren Familien aus weiterhin sicherzustellen.
2. Um das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverantwortung des Bürgerausschusses aufrecht zu erhalten.

Die sozialdemokratische Fraktion ist sich bewußt, daß eine Ablehnung des Voranschlags die Einführung der doppelten Bürgersteuer und des erhöhten Vermögenssteuersatzes sowie der Gemeindegetränksteuer nicht verhindern, daß aber die große Arbeitslosigkeit besteht, daß andere wichtige soziale Belange der Arbeiterschaft dadurch verringert, wenn nicht ganz beseitigt werden.

Wir erwarten von der Stadtverwaltung, daß, falls weitere Steuererhöhungen eintreten und die Ausgaben für Bürgerlasten steigen, weitgehend nach sozialen Gesichtspunkten abgemildert und geüberteuert werden möge.

Aus diesen Gründen stimmt die sozialdemokratische Fraktion dem größten Bedenken dem Voranschlag zu.

Auf den tatsächlichen Inhalt und Aufbau des Voranschlags eingegangen erübrigt sich, da wir darüber in der letzten Donnerstagsabend, Freitagssitzung berichtet haben.

Ermahnung verdient noch, daß die in doppelter Höhe zu erhebende Bürgersteuer gestaffelt ist, und folgende Personenkategorie von ihr nicht erfaßt werden, also befreit sind: Nichtwahlberechtigte, Erwerbslosen und Arbeitsunterstützungsempfänger, Bürgerausschläger, Sozial- und Kleinrentner, Zufahrteneinwohner, Personen unter 20 Jahren und solche, die nicht selbständig auf eigene Rechnung leben.

„Tag der Arbeit“ und das Bürgerertum, das von den Großen der Arbeiter lebt

Es soll nicht unterlassen werden, auf etwas hinzuweisen, was man jedem beliebigen Klimbimereinein ausreißt, das man jedoch den Arbeiterportieren vorenthält. Hat ein Sportgenosse, hat ein Zugteilnehmer gesehen, daß irgend ein Geschäft in den Straßen, durch die der Festzug sich bewegte — besetzt hatte? Nein — dann Arbeiterportier, dann geht in das Geschäft, das auch auch achört und überläßt ihnen jene, für die sie besetzt sind.

Vielleicht war es auch besser so, denn in unseren Farben hätte man doch nicht gefaselt. Man hätte sich mit Farben begnügt, die weder warm noch kalt und die den Sotieher ausgeht, nur nicht den Deutschen mit seinen Farben „Schwarz-Rot-Gold“. Gens zu schmeigen von den Farben des internationalen Proletariats, von unserem Rot. Und unter Rot gegen alle unsere Feinde für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit allen unseren Gegnern zum Trost für ein einzig geschlossenes Proletariat.

Nachträgliches zum „Tag der Arbeit“ in Durlach

Wer den „Tag der Arbeit“ in Durlach mitgemacht, ihn miterlebt hat, dem wird er als Festtag unergötzlich bleiben. Arbeiterportier aller Sorten haben gezeigt was Arbeiter zu leisten imstande sind. Vorbildlich mußten Festzug und die Aufzügen auf dem Turnemeindeplatz genannt werden. In strenger Disziplin und selbstbewußt ihrer Macht zogen sie Massen durch die Straßen der Stadt. Rote Fahnen und große Transparente mit der Aufschrift: den verschiedenen Arbeiterpartei- und Kulturorganisationen

Aus aller Welt

Kürtens Gnabengesch abgelehnt

Berlin, 1. Juli. (Haudienst.) Das Gnabengesch des Düsseldorf-Messebauers Kürtens ist abgelehnt worden.

Bojts und Gattys Weltflug beendet

Neusort, 1. Juli. Die amerikanischen Piloten Bojts und Gatty sind um 6.30 Uhr Neusorter Zeit in Edmonton in Kanada gelandet. Sie werden bereits morgen abend in Neusort erwartet, so daß, wenn auch ihre letzte Flugstrecke, die ganze Reise um den Erdball nur neun Tage gedauert haben wird.

Zeppelins Nordlandfahrt

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ erlitten Dienstag von Bonn kommend über Köln und gegen 12 Uhr mittags über Amsterdam. Am 13. und 14. Juli erliegen der „Graf Zeppelin“ über Bromer (England). Er befand sich in einer Höhe von etwa 100 Metern und die Beobachter hatten Gelegenheit, das Luftschiff genau zu beobachten. Um 16.22 Uhr nachher das Luftschiff Brille und setzte dann seinen Flug in Richtung Scarborough fort.

Krecher Raubüberfall in Hamburg

Samburg, 30. Juni. In einem Hause der Bugenbaenstraße wurde heute mittags ein Handlungsgeschäft, der für seinen Chef 3315 M. von der Bank abgehoben hatte, im Raubüberfall von zwei Männern überfallen, die ihm die Tasche entzogen und in einer Kraftbrotsche entkamen.

Gebohrte Nazifläute

München, 30. Juni. (S.P.) Der bisherige nationalsozialistische Sturmführer Heinz Bisler, zuletzt im Stabe der Gruppe Nordwest,

beisutreten, wurden im Zuge mitgetragen. Rad- und Motorradfahrer, Kinderfreunde und S.V., Hand- und Fußballspieler, Turner und Schwimmer, Regler und Athleten, Schützen und Naturfreunde, Sängere, Gewerkschaftler und Parteigenossen und Genossen marschierten mit. Auch auf dem Festplatz zeigten die einzelnen Parteien ihr Können und es kann gesagt werden: Dieser Tag war nicht nur ein Festtag, sondern auch ein Ehrentag für die Durlacher Arbeiterportier. Manah einer, der vielleicht im anderen Lager steht, wird beschämt am Strahlenrande gestanden haben mit dem Gedanken: Auch ich gehöre eigentlich zu denen, die mitmarschieren sollten. Nicht Kommandowort im schnarrenden Kasernenhof, nicht blödsinniges Anstehen, sind es, die der Arbeiterportierbewegung die Kraft verleihen. Nein, ein klaffenbewußter Arbeiterportier kennt eine freie Unterordnung in das große Ganze und selbstbewußt und mit Beherrschung führt er sich in die Reihen seiner Kameradgenossen im Kampfe gegen die Unmenschheit, für eine bessere Zukunft. Und das Zusammengehörigkeitsgefühl soll am Sonntag, den 5. Juli, zum „Tag der Arbeit“ in Karlsruhe wieder zeigen, daß es eine Ehrentat für die Arbeiterportier, Gewerkschaftler und Parteigenossen ist, mit Gleichgesinnten für unsere Sache zu demonstrieren.

In diesem Tage alle nach Karlsruhe! (Näheres folgt im Vereinsanzeiger.)

Sozialistische Arbeiterjugend. Heute abend wichtige Mitabendeversammlung im Heim. Beginn pünktlich halb 9 Uhr. Morgen abend Gymnastik in der Schillerschule, Anfang 8 Uhr.

ist wegen Unterschlagung ihm anvertrauter Parteigelder aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Bisler soll sich außerdem als kommunistischer Spitzel betätigt haben.

Demonstrationen vor der ungarischen Gesandtschaft in Paris In Paris haben einige junge Leute die Fenstercheiben der ungarischen Gesandtschaft eingeworfen.

Mord in Nauen

Nauen, 30. Juni. Heute nacht wurde in der Gartenstraße der 18 Jahre alte Sohn des Bürger Kempelwagen in einer Blutlache liegend lebend aufgefunden. Die näheren Feststellungen ergaben, daß der junge Mann eine Schwundwunde unterhalb des Kinnes aufwies. Er verstarb kurze Zeit nach seiner Auffindung. Die polizeilichen Ermittlungen sind sofort eingeleitet worden.

Urteil im Hiller-Prozess — Freispruch

Berlin, 30. Juni. In dem Meineidsprozeß gegen den Grundstücksvermittler Hiller verurteilte das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Toll gegen 13 Uhr folgendes Urteil: Der Angeklagte wird auf Staatskosten freigesprochen.

Ausgehobene Fallgeschichte

In Berlin D. wurde von Kriminalbeamten eine mit den modernsten Mitteln arbeitende Fälschwerkstatt ausgehoben. Die Fälscher stellen hauptsächlich falsche Behmmerkmalheine her, die in Berlin und im Reich vertrieben wurden. „Technischer Leiter“ der „Produktion“ war ein 27jähriger Techniker namens Erwin Schüler, der eine bewusste kriminelle Vergangenheit hinter sich hat.

Aus dem Gerichtssaal

Umfangreicher Wechselkäuferschutz

Im Vor dem Großen Schöffengericht unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller begann gestern die Verhandlung gegen den 36 Jahre alten Diplomingenieur Wilhelm L. aus Dortmund. Dem Angeklagten, der sich seit 14. Juli vorigen Jahres in Untersuchungshaft befindet, wird fortgesetzter Betrug und Urkundenfälschung zur Last gelegt. Die umfangreiche Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Dr. Eichenauer, als Verteidiger fungiert Rechtsanwalt Stern. Nach der Anklage hat L. in Karlsruhe als Inhaber bzw. Geschäftsführer der Firma Hof u. Bette GmbH, Möbelfabrik, im Laufe des Jahres 1929 136 Wechsel über 69 274 Mark ausgestellt und unbedeutenderweise mit Akzeptenunterstützung angeblich Bezogener versehen und an zahlreiche Geschäftskunde weitergegeben, wobei er versichert, es seien gute Kundenwechsel, denen entsprechende Forderungen zugrunde lagen. Auf diese Weise habe er die Geschäftskunden veranlaßt, ihm die Wechsel zu diskontieren, sowie ihm weitere Kredite und Stundungen einzuräumen, so daß ihnen ein unmittelbarer Schaden in oben genannter Höhe entstanden ist.

Auf Verfragen gibt der Angeklagte zunächst eine Schilderung seines Lebens und seiner persönlichen Verhältnisse. Bezüglich der Anklage gibt er zu, Wechsel gefälscht zu haben, soweit er auf ihnen als Aussteller und Girant ausgegeben ist. An die Zahlen und die einzelnen Fälligkeiten will er keine Erinnerung mehr haben. Im Dezember 1929, als der Staatsanwalt die Vernehmung bekannt wurden, floh er nach Frankreich und warnte sich dann nach Italien, Estland und Griechenland. Er habe sich nicht der Strafe entziehen wollen, sondern Erholung gesucht. In Griechenland habe er gebohrt, an Malaria zu erkranken. Er habe dort einen Zusammenstoß mit der Polizei, die in ihm einen internationalen Schafstapler vermutete und ihm nicht glauben wollte, daß er lediglich die eingeräumten, in Karlsruhe begangenen Wechselkäuferschutz auf dem Gewissen hatte. Am 22. Mai wurde er in Wien festgenommen und den deutschen Behörden ausgeliefert. Die Untersuchungshaft zählt seit 14. Juli 1930, dem Tage, wo er wieder deutsches Gebiet betrat. Die Fälligkeiten habe er nicht aus Erwerbszwecken begangen, da es ihm völlig an Ertrage fehle. Er persönlich habe sehr anspruchslos gelebt und keinen übertriebenen Aufwand getrieben. 1918 habe er sich der revolutionären Bewegungen angeschlossen, später habe ihn die Revolution nicht mehr interessiert, weil sie nicht radikal das durchführte, was er von ihr erwartet habe. Heute bezeichnet er sich, wie von dem ärztlichen Sachverständigen mitgeteilt wird, als „Edekkommunist“.

Es wurde dann in die Vernehmung der 20 Zeugen eingetreten. Zeuge Kaufmann D. gibt an, Bewußt oder Erwerbszwecke habe er bei dem Angeklagten, wenn er Wechsel ausstellte, nicht festgestellt können. Er hält den Angeklagten für einen klugen, hellen Kopf von scharfer Denkfähigkeit. Er war nie von den Zeugen ermächtigt worden, seine (des Zeugen) Unterschrift unter Wechsel zu setzen. Der Zeuge besitzet den Schaden, der ihm durch die Verfehlungen des Angeklagten zugefügt wurde, auf über 10 000 Mark. Zeuge Rechtsanwalt Dr. F., der den Angeklagten schon vor der Kammer für Handlungen vertreten hat, hält ihn für einen zeitweilige querulatorisch eingeschickten Menschen. — Zeuge Kaufmann R. aus Karlsruhe, Teilhaber eines Sägewerks, stand in Beziehungen mit der Firma des Angeklagten, der seine Firma Holz lieferte. Die Kundenwechsel seien ihm immer als gut bezeichnet worden. 14 Wechsel waren gefällig und lauteten über Beträge von zusammen 14 966 Mark. Der Gesamtschaden betrage 19 000 Mark. Es entspinnt sich eine längere Debatte über die beiderseitigen zivilrechtlichen Forderungen zwischen dem Angeklagten, der nur einen Schaden von 3300 Mark wahr haben will, und dem Zeugen. Der Vorsitzende lehnt es ab, die zivilrechtliche Seite der Angelegenheit, soweit sie den Strafprozeß nicht berührt, hier zu führen. Der Angeklagte macht geltend, wenn er im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte gewesen sei, würde er verurteilt haben, die

gefälschten Wechsel hintenherum wieder in seine Hand zu bekommen.

Als Sachverständige und Zeugen wurden hierauf Oberarzt Rod und Prof. v. Gierke vom Städtischen Krankenhaus vernommen, die eine Untersuchung des Angeklagten in der Richtung vornahmen, ob der Angeklagte Lues oder Paralyse habe. Die Untersuchung ergab keine Anhaltspunkte für eine noch bestehende syphilitische Erkrankung des Nervenzentrums.

Zeuge Zahnarzt Dr. D., der von dem Angeklagten Möbel besessen hatte, mußte die Feststellung machen, daß ihm Wechsel präsentiert wurden, die sein Akzept, welches von dem Angeklagten laufend gefällig war, trugen. Zwei Wechsel wurden von dem Angeklagten, der ihm die Fälligkeit einräumte, eingelöst. Die Drohung mit Anzeige bei der Staatsanwaltschaft hielt den Angeklagten jedoch nicht ab, weitere Wechsel mit dem Namen des Zeugen zu versehen. — Zeuge Sägewerksbesitzer A. aus Ettlingen erhielt von dem Angeklagten eine Reihe gefälschter Kundenwechsel; sie lauteten über 6500 Mark, nach der Erinnerung des Angeklagten nur über 2000 Mark.

Die Verhandlung wird hier abgebrochen und eine Pause von zwei Stunden eingeschaltet. Die Weitervernehmung der Zeugen wird am Nachmittag fortgesetzt.

In der am Nachmittag fortgesetzten Verhandlung befandete Hofhändler Leonhard B. aus Forstheim, daß er für ca. 10 000 M. Holz an den Angeklagten lieferte; er erhielt von diesem Wechsel für 15 222 M., der endgültige Schaden belaufte sich auf 16 129 M. Für seine Besuche in Forstheim benutzte der Angeklagte jedesmal ein Taximeterauto. — Zeuge Kaufmann S. aus Karlsruhe, der ein Finanzierungsbüro in Karlsruhe betreibt, wurde durch falsche Wechsel des Angeklagten um 340 M., ein heiliger Architekt, der mit L. befreundet war, um 3740 M. geschädigt; dieser Zeuge betrachtete die Verfehlungen des Angeklagten als einen Betrugswahlungsakt. Der Angeklagte sei um jene Zeit sehr aufgeregt gewesen und habe sich in geistlichen Schwierigkeiten befunden; er habe sehr genügsam gelebt. Zeuge Bankgeschäftsinhaber David S. besitzet den ihm durch L. zugefügten Schaden auf 400 bis 600 M., der Zeuge Bauhändler Karl D. aus Karlsruhe füßt sich um rund 800 M. geschädigt. — Bei zwei anderen Zeugen wird ein Schaden festgestellt von 400 und 250 M.

Ein weiterer Zeuge, der Geschäftsführer einer heiligen Möbelhandlung, erlitt im Vertrauen darauf, daß es sich bei den Wechseln des Angeklagten um gute Kundenwechsel handelte, einen Schaden von rund 2000 M. — Ein Kohlengroßhändler nennt einen Schaden von 862 M.

Die Kontantin Gertrud R. kann sich an den Angeklagten belastende Tatsachen nicht erinnern. Auf keine Anweisung ist sie nach seiner Flucht auf eigene Kosten mit einem Taximeter nach Straßburg zu dem Angeklagten gefahren, wo er Geld zur Auszahlung der Löhne aufzutreiben wollte, was ihm aber nicht gelungen war. Die Autofahrt mußte sie aus eigener Tasche bezahlen. Von den Wechselkäuferschutz habe sie erst erfahren, als im Januar 1930 die Erhebungen der Kriminalpolizei einsetzten. Ein und wieder machte sie mit Leutheuer Autoausflüge nach Baden-Baden und anderen Orten.

Der Schriftführer des Polizeirat Niedinger kommt in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß die Fälligkeiten des Angeklagten äußerlich raffiniert ausgeführt wurden, so daß sie teilweise erst unter dem Mikroskop festgestellt werden konnten. Erst durch eingehende anatomologische Untersuchungen konnten ihm die Fälligkeiten nachgewiesen werden. Der Angeklagte erwahnt demgegenüber, er habe vorübergehend verurteilt, die Unterschrift des Untersuchungsrichters nachzumachen; dieser sei aber mit seiner „Leistung“ nicht zufrieden gewesen.

Nach einstündiger Verhandlung verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten L. wegen fortgesetzter Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetztem Betrug zu einem Jahr 11 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von elf Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Kleine bad. Chronik

Brände

Bettmaringen (Waldshut), 30. Juni. Schadenfeuer. In der vergangenen Nacht brannte die den Gebrüder Julius und Heinrich Eichhorn gebührende Säge aus bisher noch nicht bekannter Ursache vollständig nieder. Der Brandschaden beträgt etwa 32 000 Mark.

Bienheim (Amt Waldshut), 30. Juni. Gestern Abend brannte der etwa 15 Minuten von hier entfernte Sandhof des Landwirts W. Sutter vollständig nieder. Das Vieh konnte mit knapper Not noch gerettet werden, dagegen sind sämtliche Fahrnisse und alle Heuvorräte verbrannt. Der Schaden beläuft sich auf etwa 28 000 M.

Bühl, 30. Juni. Sturz beim Kirchenspluden. Bahnsteigkaffner Gerber stürzte beim Kirchenspluden von der Leiter und mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus verbracht werden.

Kehl, 30. Juni. (Kehl 50 Jahre badische Amtsstadt.) 50 Jahre sind heute verfloßen, daß Großherzog Friedrich I. durch Beschluß seines Staatsministeriums die Verlegung der Bezirksbehörden (Bezirksamt, Amtsgericht, Domänenamt) von Kork nach Kehl angeordnet hat. Die Ueberführung von Bezirksamt und Amtsgericht erfolgte am 31. Oktober 1881, die des Domänenamts am 1. April 1882. Fast 70 Jahre lang hat die damalige Stadt Kehl fämpfen müssen, bis sie endlich Sitz der Bezirksbehörden geworden ist. Kehl kann also im Herbst sein goldenes Jubiläum als Amtsstadt feiern.

Sigmaringen, 30. Juni. Mit dem Motorrad in die Bahnhofsranke. Beim Bahnhof Thiergarten fuhr am Mittags des Veters- und Paulstages der ledige 27 Jahre alte Schreiner Joseph Grom von Rohrdorf, Amt Neukirch, mit seinem Motorrad an der unübersichtlichen Straßenkurve in die geschlossene Bahnhofsranke. Er wurde vom Rad geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er am Abend im Krankenhaus starb. Seine Braut wurde auf das Bahngleis geschleudert, doch gelang es ihr sich noch rechtzeitig vor dem faum eine Sekunde später die Straße passierenden Eilzug Sigmaringen-Freiburg zu retten. Sie kam ohne irgend welche Verletzungen davon.

Rohrdorf, Amt Neukirch, 30. Juni. Schwere Sturz in der Scheune. Beim Verladen stürzte die Ehefrau des Landwirts W. Rumpfer vom Heuboden in die Lemme und zog sich einen Beckenbruch zu.

Die Kuh im Notariat

In Pfaffenloren hatte eine Kuh des Metzgermeisters Tengel die teuflische Idee, sich nicht ohne weiteres in ihr Schicksal ergeben. Mit einem Knack machte sie sich von ihrem Besizer frei. Sie wählte den Weg über die „Schwanentrepp“ (was von Geschmack zeugt), rannte ins Notariatsgebäude und ging direkt in die Geschäftsräume. Was sie dort wollte, konnte sie nicht vorbringen,

Der Blitz am Mittwoch

Kinder-Kleidchen
fertig genäht und gezeichnet
1.15
Gr. 50-70 Stück

Damen-Strümpfe
Künstl. Wascheide, moderne Farben mit 4-facher Sohle und Spitzferse... Paar
1.30

Berufsmantel
einfarbiger Zeffir mit buntem Kragen und langem Arm
2.25

BURCHARD

weil kein Beamter nach ihrem Begehren frage. Dieses Unschick machte sie sehr flug, denn was nicht eine elegante Füllfederlans mit Goldfeder und Iridiumspitze gegen ein Rühhorn? Gar nichts. Gefallen hat der Kuh die Visite im Notariat aber nicht sonderlich, denn sie fand sowohl in den Regalen wie auf den Tischen nichts Frechbares, was sie durch Beledien einwandfrei feststellte: Papier, nichts als Papier, mal staubig und mal frisch, war das meiste, was sich vorfand; ganz abscheulich schmeckte die Tinte aus dem umgeworfenen Glas, und der Klebstoff war eine ganz sonderbare Angelegenheit zwischen Gummen und Jung. Was die Menschen doch für einen sonderbaren Geschmack haben! Gegen all das war ihr Stall ein heiliger Land, und das Gras war köstlich zu nennen. In Schnelheit darnach sah sie zum Fenster hinaus, worüber die Leute auf der Straße sich entweder entsetzten oder lachten. „Grüß Gott, Herr Notar“, oder so ähnlich hörte sie herausrufen. Was ein hüßiger Witz ins Antlitz der Kuh war, sie hatte schon bessere gehört, weil der

Notar gar nicht anwesend, sondern auswärts beschäftigt war. Kuh aber stellte sich ein Metzgerbüschlein ein, nahm die Kuh bei den Ohren und brachte sie ins Freie. Doch wußte die Kuh, was sich in einem guten Hause gehört und ließ deshalb einige ihrer Büschlein in Hasenförmiger Form zurück. Kaum hatte sie das Freie erreicht, da empfand sie den Metzgerbüschlein als lästlich, machte sie sich von ihm frei, raste die „Schwanentrepp“ in Schrittschritten hinunter und dachte an nichts anderes als an Freiheit. Beim „Schwanentrepp“ aber erreichte sie doch ihr Gesicht in Gestalt eines handfesten Strides, der ihren Uebermut säubte. Hätte sie vorher die Tinte nicht gelosien, dann hätte sie von vornherein das Ende besser übersehen können. Inzwischen mußte im Notariat eine Putzfrau ihres Amtes walten von wegen der Hinterlassenschaft, „wie eine solche hier noch niemals erreicht worden ist“, hat sie dabei gelacht.

Gemeinderatsbeschlüsse

Bergshausen (Sitzung vom 27. Juni)

Ein Schreiben der Handwerkskammer betr. Umlagebeitrag kam zur Kenntnis, desgleichen eine Mitteilung des Bezirksamts über das bei uns am 24. Juni 1931 niedergegangene Hagelwetter. Die Entschliessung des Bezirksamts über die Einführung der Bier- und Bürgersteuer wurde bekannt gegeben. Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben. Die Sachreinigung soll im Submissionsweg an Ausschleuerer vergeben werden und zwar ist die zu reinigende Straße in 5 Lote eingeteilt; die Vergabung dieser Lose soll am Dienstag, den 30. Juni 1931 vorgenommen werden. Die Klüßstände an die Gemeindefasse vom Jahr 1929 sollen nunmehr durch Vergabung beschafft werden, wegen der Klüßstände vom Jahr 1930 soll die letzte Mahnung erfolgen. Das Bauen von Döbbaumhäusern soll diese Woche vorgenommen werden. Interessenten wollen sich im Lauf dieser Woche beim Bürgermeister melden, um das nötige Quantum feststellen zu können. Einem Gesuch um Stundung der Hundsteuer wegen Krankheit der Hunde wurde bis zum 15. Juli 1931 stattgegeben.

Töhligen (Sitzung vom 25. Juni)

Von einem Ferrenanlauf um den Betrag von 400 M auf dem Zuchtmarkt in Bretten wird Kenntnis genommen. Schenkungen von zwei Gebäuden zwecks Aufnahme von Hypotheken wurden vorgenommen. Die vorgelegenen Rechnungen in Einnahme bzw. Ausgabe gemeldet. Für drei Ausschleuerer die Lose für einen Monat in Höhe von 10 bzw. 15 M bewilligt. Desgleichen für zwei die Milchrechnung ebenfalls für einen Monat. Von einem Schreiben des Vermessungsamts Karlsruhe wird Kenntnis genommen. Der vorläufige Voranschlag 1931/32 konnte wegen der vorgerückten Zeit nicht mehr zur Beratung kommen und mußte zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden. Auf Antrag des Gemeinderats Vorberater, wonach die Gemeindefassen ungeschickliche Gebalter beiseite werden, wurde beschlossen, daß das Bezirksamts zur Prüfung obiger Angelegenheit angerufen werden soll.

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Vater und Großvater
Christian Erb
Kriegsveteran von 1870/71
heute morgen sanft verschieden ist.
Hagsfeld, Karlsruhe, Feuerbach,
den 1. Juli 1931.

Die trauernden Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet Freitag, 3. Juli, abends 5 Uhr, in Hagsfeld, statt.

Rolladen- und Jalousiefabrik
Reparaturen fachgemäß und billigst
Fr. Karl Zimmerle
Karlsruhe
Fernsprecher 350 Gerwigstraße 36

Durlacher Anzeigen

Die städt. Kleinwohnungen an der Bleich- und Eisenbahnstraße sind voraussichtlich am 15. August d. J. bezugsfertig. Die Vergabung der Wohnungen erfolgt durch den Stadtrat im Beisein der Wohnungsfürsorge.

Zu vermieten:
eine schöne große, geräumige und äußerst luftige
Wohnung
im 3. Stock, Volkstr. Nr. 19, bestehend aus: 7 prächtigen Zimmern, einer Küche, Badestimmer usw., 2 großen Balkonen u. 2 Kammern am 1. Oktober evtl. 1. September. Zu erfragen Tel. 7920-7921

Möbl. Zimmer
auf sofort oder später preiswert zu vermieten
Werderstraße 31, III.

Ein ruhiges, freundliches, zweipaarlichtiges Zimmer, 1 Zimmer mit Küche u. Anheide od. 2 K. Zimmer m. Küche, Glasabfchl. Am liebst. Dillstadt. Offert. unter Nr. 5277 a. d. Volkstr.

Wohnungsgeuch!
2-Zimmerwohnung gef. Preis bis 32 RM. Licht bezugsf. Aug. unt. Nr. 5278 a. d. Volkstr.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Rastatt

Am Samstag, den 4. Juli 1931, 1/2 9 Uhr, findet im unteren Saale (links) des Hotel Kreuz unsere
Haupt-Versammlung
mit Vortrag statt.
Tagesordnung laut Satzungen.
Wir bitten um vollzähliges Erscheinen der aktiven und passiven Kameraden.
Der Vorstand

95%

Ich bin Verkäuferin im Hause Knopf... und bekomme heute mein Gehalt!

Mit mir tausende Arbeitnehmer, die erst jetzt in der Lage sind, die Vorteile der 95-Tage wahrzunehmen, die erfahrungsgemäß nur wenige Tage dauern. Es ist festgestellt, daß dieser Verkauf eine Höchstleistung in der 95-Preistage bedeutet und geeignet wie kein anderer ist, alle Anschaffungen des dringendsten Bedarfs zu ermöglichen.

KNOPF

Sommerkleider Damenmäntel
10% Rabatt
Kostümstücke 3-Bäckfischmäntel
Mk. 5.-

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmstraße 36
1. Treppe
Ratenkaufabkommen

Speisezimmer
Wir haben ein modernes Speisezimmer auf Lager, welches aus Holz aus dem besten Material besteht. Das Büfett hat Zinnenschubladen u. einen modernen Vitrinenaufsatz, die Kredenz ist breit u. geräumig. Wir bieten Ihnen diese Stücke unter unseren Selbstkostenpreis, nämlich
260.- an.
Wenn Sie sich ein Speisezimmer zulegen wollen, dann müssen Sie dieses Modell gesehen haben. Ihr Schlafzimmer nehmen wir in Zahlung.
Möbelhaus Carl Baum & Co.
Erbrinzenstraße 30
Kein Laden.
Ständiges Lager über 100 Zimmer u. Küchen. Teilzahlung.

Möbel
leglicher Art
Die neuesten Modelle / Prachtvolle Formen
Qualitätsware
Lieferung enorm billig

Karl Thome & Co.
Möbelhaus
Karlsruhe, Herrenstraße 23
gerne über der Reichsbank - Auf Wunsch Teilzahlung. - Glänzende Anerkennungen
Riesig große Auswahl
Besichtigung frei! Besichtigung frei!

Restpartien
an Linoleum und Tapeten
ca. 10000 Stück
Verkauf weit unter Fabrikpreis
Immer der billigste
Fritz Merkel
Tel. 2586 Kreuzstr. 25
Beachten Sie bitte meine Schaufenster-Anlage

Arbeiter! Werbt für eure Zeitung!

Städt. Sparkass. Karlsruh

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß am 1. Juli 1931 der
Hypotheken-Zin
für das zweite Vierteljahr 1931 fällig ist.

Wer nicht Gefahr laufen will, den vertraglich festgesetzten Erhöhungszins und sogar die Kosten eines Zahlungsbefehls tragen zu müssen, sorgt für pünktliche Zahlung.

Auch derjenige, welcher ständige Zahlung aus dem Girokonto abbuchen zu lassen, muß selbst sorgen, daß volle Deckung für den ganzen Betrag rechtzeitig vorhanden ist; Teilzahlungen werden im Hypothekenverkehr nicht angenommen; bei nicht oder nicht genügender Deckung müßte auch hier - im vollen Umlauf - Erhöhungszins und Mahnverfahren angewendet werden.

Es wird bei dieser Gelegenheit wiederholt darauf hingewiesen, daß zu keinem Fälligkeitstermin eine besondere Mahnung ergeht, daß vielmehr jeder Schuldner den fälligen Hypothekenzins pünktlich zu zahlen hat bzw. selbst für volle Deckung auf seinem Girokonto rechtzeitig zu sorgen hat.

Städtisches Sparkassenamt.

Wollen Sie 100 Mark gewinnen? Dann nennen Sie uns einen schönen Namen für die neue **Kinder-Abteilung** in der 3. Etage.

Die Polizei berichtet:

Unfälle

Gestern nachmittag wurde eine 65 Jahre alte Frau von hier, die in der Durlacher Allee in der Nähe der Rudolfstraße kurz vor einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 2 die Fahrbahn überqueren wollte, von einem Straßenbahnwagen erfasst und tödlich verwundet, so daß sie mit erheblichen Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Den Führer des Straßenbahnwagens scheint nach den gemachten Erhebungen keine Schuld an dem Vorfall zu treffen.

Ein Möbelwagen von hier, der einen mit Unausguss beladenen Frischwagens an einen Hofbesitzer angedungen hatte, fuhrte von seinem Fahrer, an dem ein Rad gebrochen war und so ein gefährliches Wackeln eintrat, an dem ein Rad gebrochen war und so ein gefährliches Wackeln eintrat, an dem ein Rad gebrochen war und so ein gefährliches Wackeln eintrat.

Veranstaltungen

Sonderkonzert im Stadtpark. Um den Wagnervereinigten etwas ganz Besonderes zu bieten, veranstaltet das Philharmonische Orchester unter der Leitung des Herrn Prof. Dr. Gahr morgen Donnerstag im Stadtpark einen Richard-Wagner-Abend. Das Programm zerfällt in zwei Teile: Streich- und Bläsermusik. Zu Gehör gebracht werden Werke aus Niels, Meistersinger, Rheingold, Siegfried, Götterdämmerung, Tristan und Isolde, Parsifal, auch noch das beliebte Klavierkonzert für zwei Klaviere. Da die Gärten des Stadtparks durch den Sommerabend sehr schön beleuchtet sind, kann man sich bei dem Besuch dieser Sonderveranstaltung gut unterhalten.

Café Odeon. Heute findet das Eröffnungskonzert der Kapelle Kertész statt, die von der Direktion des Café Odeon vom Hotel Adlonbräu-Dankarten, Berlin, Kurfürstendamm, zu einem Gastspiel verpflichtet worden ist. Siehe auch die Anzeige.

Daxlanden

35jähriges Stiftungsfest des Arbeitermuffvereins
 Einen herrlichen Sommerabend hatte der Verein bei Abhaltung des Stiftungsfestes. Am frühen Sonntagmorgen erinnerte die Kapelle des Einwohnern an das Fest. Um 9 Uhr begann das Vertuningspiel von 8 Muffvereinen aus der Umgegend. Der Vorsitzende des Vereins, Herr G. Schmidt, begrüßte die Teilnehmer als Kritiker anwesend zu sein, um die Leistungen der einzelnen Vereine zu bewerten. Eine große Zahl Zuschauer befand sich in dem großen Saal und lauschten dem Gebotenen. Die Leistungen, die geboten wurden, waren erstklassig. Folgende Noten wurden erteilt: 1. Muffverein Grünwinkel (Dir. Rud. Weber) sehr gut (beste Tagesleistung). 2. Arbeitermuffverein und Feuerwehrgesellschaft „Lura“ Kriemhild (Dir. G. Wolf) sehr gut. 3. Muffverein Bruchhausen (Dir. G. Schmidt) sehr gut. Alle anderen Vereine erhielten die Note gut. Den Einleitungs- und Abschlusmarsch vom Vertuningspiel übernahm der festgebende Verein.

Am Nachmittag bewachte sich ein außerordentlich großer Festzug durch verschiedene Straßen des Dorfes. In diesem Festzug sind besonders die historischen Gruppen zu erwähnen, die dem Fest das festliche Gepräge gaben. Es folgten nun in bunter Reihenfolge die verschiedenen Vereine, voraus der 20 Mann starke Spielmannszug und die 28 Mann starke Kapelle des festgebenden Vereins. Auf dem Festplatze angekommen, begrüßte der Vorsitzende Josef G. Schmidt die Teilnehmer. Er schilderte in kurzen Zügen den Werdegang der Festfeier bis zum heutigen Tag, daß der heutige Tag wiederum ein Tag der Geschichte ist, der die Geschichte der Arbeiterbewegung darstellt. Die Festfeier hatte Bundesvorsitzender Herr Friedrich Weber übernommen. Er führte dabei aus, daß die heutige Zeit eine freudvolle ist, die Mühsal aber verlohnt das Ziel, diese Krise durch gute Darbietungen in eine lebensfrohe Stimmung umzuwandeln. Der heutige Festzug wiederum, das sehr viele dem Fest beigetragen haben, um ihre Willensstärke zu veranschaulichen, um neuen Mut und neue Kraft zu schöpfen. Alle, die wir heute hier sind, verfolgen die gleichen Ziele und Ideale für die Volksmasse. Ganz besonderen Dank gebührt dem festgebenden Vereine, der es verstanden habe, die Bevölkerung zu einer musikalischen herauszubilden. Die Mühsal ist die Mühsal. Weiterhin gedachte der Weber der verstorbenen Mitglieder. Mit dem Wunsch, daß der Verein weiter blühen und gedeihen möge, schloß er seine Rede. Die von dem Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Anschließend nahm der Muffverein Ludwigs Keller eine Erläuterung der alten aktiven Muffvereine vor und überreichte als Lohn für treue Leistung die Festfeier jedem Teilnehmer eine kleine Standuhr. Die Jubilare sind folgende: Josef Keller, Gregor Weber, Bernh. Dannenmaier, Hermann Dannenmaier, Simon Wendelberger und Fritz Haldt.

Es folgten nun in bunter Reihenfolge Muffvortritte der anwesenden 14 Muffvereine, die alle Proben ihres Könnens abgaben. Abends 6 Uhr folgte der Gesamtmarsch, in dem alle anwesenden Kapellen spielten. Das große Festzelt war von morgens früh bis abends spät stark besetzt, ein Beweis dafür, daß die Mühsal eine starke Anziehungskraft besitzt. Erwähnt darf noch werden, daß es das 84jährige Gründungsmitglied Johann Schmidt sich hat nicht nehmen lassen, dem Fest beiwohnen. Nicht unerwähnt soll auch bleiben, daß der Arbeitermuffverein die Mühsal durch seine vorzüglichen Freiheitslieder zur Verherrlichung des Festes beigetragen hat.

Der Montag war vor allem für die Kinder ein Tag der Freude, der auch die alten Lieben es sich nicht nehmen und waren ebenso herzlich erschienen wie am Vorabend. Ein buntes und lustiges Treiben herrschte auf dem Festplatze. Abwechslend spielten die beiden Daxländer Grünwinkel und Daxlanden, so daß die nötige Stimmung vorhanden war. Im Ganzen kann festgesetzt werden, daß das Fest einen guten Eindruck hinterlassen hat, und jeder einzelne Teilnehmer voll und ganz auf seine Rechnung gekommen sein dürfte.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Der Tiefdruck über dem westlichen Mittelmeergebiet hat durch weitere Zufuhr polarer Luft an Energie gewonnen, während der hohe Druck über der Nord- und Ostsee abgebaut wird. Auch morgen werden wir uns im Bereiche der Luft befinden, die aus dem Nordwest nach dem Mittelmeertief strömt.

Voraussetzliche Witterung für Donnerstag, 2. Juli: Vielfach bewölkt und vorwiegend trocken, mäßig warm bei östlichen Winden.

Wasserstand des Rheins

St. Blasien 175, Gef. 4; Waldshut 260, Gef. 8; Schaffhausen 237, Gef. 9; Rheinfelden 379, Gef. 4; Maxau 551, Gef. 6; Mannheim 469, Gef. 15 Zim.

Er inner Devisennotierungen Mittelkurs

	30. Juni	29. Juni
	Geld	Brief
London	169.33	169.67
Paris	22.06	22.065
Brüssel	20.472	20.612
Amsterdam	4.209	4.217
Frankfurt	16.474	16.514
Wien	12.473	12.473
Schweden	81.48	81.64
Dänemark	41.01	39.88
Stockholm	112.86	112.86
Kopenhagen	59.175	59.295

Zerreißt das Lügengewebe!

Tiefsehende Erregung durchdringt das werktätige Deutschland. Die Massen sind empört über die neuen Lasten, die von der Regierung Brünning notverordnet wurden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben Verständnis für die gewaltigen finanziellen Schwierigkeiten, in die Reich, Länder und Gemeinden infolge der größten aller Wirtschaftskrisen, die Deutschland je beunruhigt, geraten sind. Sie wissen, daß die stark verringerten Einnahmen angesichts der durch die Massennot rasch gewachsenen öffentlichen Ausgaben zu größter Sparziererei und zur Erschließung neuer Einnahmequellen zwingen. Sie verstehen, daß die außerordentliche Notzeit Maßnahmen erfordert, daß sie Opferbereitschaft aller erheischt, die noch zu opfern vermögen. Aber

die Massen haben kein Verständnis dafür, daß die Notverordnung der Reichsregierung zu Ausgabenentzügen und Einnahmevermehrungen schreitet, die den Stempel schreiendster Ungerechtheit tragen.

Zwischen Worten und Taten der Reichsregierung klafft der traurigste Widerspruch. Die Regierung faßt in einem Begründungsauftrag zur neuen Notverordnung, es müßten alle Volksgenossen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Abmilderung der über das Land hereinabgebrochenen Katastrophe beitragen. Jeder nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit! Allein die Bestimmungen der Notverordnung passen zu dieser Proklamation wie die Faust aufs Auge.

Die Notverordnung Brünings

macht nicht einmal den Versuch, die Lasten nach der Leistungsfähigkeit in gerechter Weise zu verteilen. Sie legt den wertvollsten Schichten die schwersten Opfer auf, während gleichzeitig die Besitzenden weitgehend verschont werden.

Die Notverordnung stellt Steuererhöhungen vor, die ganz ungerecht gestaffelt sind und die breiten Massen, die schon bisher den größten Teil der Lasten der Wirtschaftskrise getragen haben, erneut aufs schwerste treffen, während die Besitzenden selbst in dieser Situation wiederum zum Teil gesenkt wurden.

Die Notverordnung häßt Ungerechtheit auf Ungerechtheit! Darüber gibt es in der deutschen Sozialdemokratie und in den freien Gewerkschaften nur eine Meinung.

Es gibt keinen Sozialdemokraten, kein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Nationalen Bundes, das die Notverordnung billigt oder gar für sie die Verantwortung trägt und übernimmt!

Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind sich einig in der unbedingten Pflicht, diese Notverordnung zu bekämpfen und in dem dringenden Versuch, ihre sozial gerechte Milderung anzustreben.

Demgemäß haben Partei und Gewerkschaften umgehend gehandelt. Wer das Gegenteil behauptet, begeht

elende Demagogie, Lug und Trug

Diesem, die auch jetzt wieder ihr eigenes Unvermögen oder ihren fehlenden Willen, das arbeitende Volk an einem tiefen Abgrund vorbeizuführen, durch hysterisches Geschrei über „neuen Verrat der Sozialdemokratie“ an Sozialismus und dem zum Sozialismus strebenden Massen zu erheben versuchen, sind Demagogen, Lügner und Verleumder.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 26. Juni: Johann Schmitt, Maschinenarbeiter, Witwer, alt 70 Jahre (Durlach). — 27. Juni: Otto Deib, Schlosser, ledig, alt 34 Jahre. Otto Burkart, Fuhrmann, Ehemann, alt 34 Jahre (Wörth). Marie Kehler, alt 77 Jahre, Witwe von Benedikt Kehler, Schmeibmeister. — 28. Juni: Katharina, alt 6 Jahre, Vater Otto Wesel, Buchbinder (Wörth). Franz Hermann, Wagnerswärter, D., Witwer, alt 89 Jahre (Wörth). Hermann, Wagnerswärter, Stadtschreiber, Ehemann, alt 51 Jahre. Feuerbestattung am 1. Juli, 10.30 Uhr. 29. Juni: Luise Starb, alt 60 Jahre, Ehefrau von Georg Starb, Schuhmacher. Beerdigung am 2. Juli, 14 Uhr. Max Schab, Schneider, Ehemann, alt 39 Jahre. Beerdigung am 1. Juli, 15 Uhr.

Veranstaltungen

Mittwoch, 1. Juli:
 Badisches Landestheater: Solome. 20-21.30 Uhr.
 Gloria-Palast: Der große Gabbo.
 Sommer-Theater: Einbruch ins Vanthaus Reichendach. Das Erlebnis einer Nacht.
 Palast-Theater: Der Langhals.
 Festabend-Vorstellung: Das Mädchen von der Reeperbahn. Schauburg: Die heilige Flamme. Landung im Paradies.
 Union-Theater: Die Solome.
 Kaffee Odeon: Eröffnungskonzert „Kapelle Kertész“.
 Gefantien: SPD-Hauptversammlung. 20 Uhr.

Chefredakteur Georg Schöpllin. Verantwortlich: Volkst. Preßhaus Baden, Postamt Nr. 1, Postfach 100, Karlsruhe. Ferner: L. R.: Gewerkschaftliches, Feuilleton und Aus der Partei: G. R. u. B. u. M.: Groß-Karlsruhe, Gemeindepörtl. Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Briefkasten, Ferner: L. R.: Klein-Karlsruhe: Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden, Durlach und Verlag: Verlagsgesellschaft für Volksfreunde G.m.b.H., Karlsruhe.

Gegen Wundlaufen

Wundfests durch übermäßige Schweißabsonderung an Füßen und anderen Körperstellen (Wahl, Sonnen und Wasserbrand). Sofort schmerzstillend und heilend wirkend (gelbe Creme (blau Packung) auch als Kosmetikum für Hände u. Gesicht. Tube 60 Pf., u. 1 Bl. in allen Apotheken-Verkaufsstellen zu haben.

Wahrheit ist

was der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 18. Juni 1931 in seinem Aufruf an das deutsche Volk feststellte:

Die Sozialdemokratische Partei hat den Kampf gegen die Notverordnung aufgenommen. Sie will die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse erhalten. Sie fordert, daß ihr sozial ungerichteter Inhalt durch einen gerechteren ersetzt wird.

In diesem Kampf steht die Sozialdemokratie fast allein.

Im Reichstag hat sie von 577 Seiten nur 143 — ein Viertel! Die anderen Parteien, die sich gegen die Notverordnung erklärt haben, verfolgen ganz andere Ziele als sie. Nationalsozialisten und Deutschnationale, Großagrarier und volksparteiliche Scharfmacher wollen die Arbeiterbewegung vernichten. Sie wollen eine Regierung der Rechten als Heberleistung zum Faschismus. Dazu brauchen sie den Zusammenbruch. Ihn herbeizuführen, ist der Zweck ihrer Ministerarbeit — und die Kommunisten helfen ihnen dabei!

Diese Krise ist schwer. Die öffentlichen Einnahmen sinken. Die Ausgaben steigen. Ausländische Gläubiger haben ihre Guthaben abgezogen. Die Reichsbank hat eine Milliarde in Gold und Devisen hergeben müssen; sie kann bald keine Noten mehr drucken, weil die Golddeckung fehlt. Dadurch wird eine neue Inflation verhindert, aber nicht das Sinken der wertvollen Kredite weiter eingeschränkt, so drohen Zusammenbrüche und vermehrte Arbeitslosigkeit. Und wenn die Gemeinden kein Geld mehr haben, um Unterhaltungen zu zahlen — was dann? Diese Krise ist schwer. Die öffentlichen Einnahmen sinken. Die Ausgaben steigen. Ausländische Gläubiger haben ihre Guthaben abgezogen. Die Reichsbank hat eine Milliarde in Gold und Devisen hergeben müssen; sie kann bald keine Noten mehr drucken, weil die Golddeckung fehlt. Dadurch wird eine neue Inflation verhindert, aber nicht das Sinken der wertvollen Kredite weiter eingeschränkt, so drohen Zusammenbrüche und vermehrte Arbeitslosigkeit. Und wenn die Gemeinden kein Geld mehr haben, um Unterhaltungen zu zahlen — was dann?

Die Rechtsradikalen und die Kommunisten rühmt das alles nicht. Ihnen ist es recht, wenn es noch schlimmer wird, denn sie hoffen, im trüben fischen zu können. Im wachsenden Elend des Volkes suchen sie politischen Gewinn. Die Sozialdemokratie will von dem, was jene wollen, das gerade Gegenteil!

Schutz der Massen vor wachsender Verelendung, nicht die Katastrophe und nicht den Bürgerkrieg! Sie will gerechte Maßnahmen, um die sozialen Leistungen zu erhalten. Die Rechtsdiktatur durch Steigerung des Elends den Weg zu ebnen, das überläßt sie den Kommunisten. Kommt eine Rechtsdiktatur, so ist nicht nur jede Hoffnung auf eine Erleichterung der Reparationslasten zertrübert, sondern auch dem Fortschritt des Sozialismus die brutale Gewalt entgegengestellt. Die Demokratie, die politischen Rechte der Arbeiter zu erhalten, ist doppelt notwendig in einer Zeit, in der das Verlangen des kapitalistischen Systems den Kampf für den Sozialismus zur Forderung des Tages macht.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Stärkt die Macht der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften! Je schwerer der Kampf, je größer die Gefahr, desto notwendiger sind Einigkeit und Begeisterung für die großen Ziele des Sozialismus.

Letztes Telegramm

Kommt ein neuer Plan Hoovers?

Der Times Korrespondent aus Washington meldet: Aus bester Quelle höre ich, daß Folgendes für den Fall des Zusammenbruchs der Pariser Verhandlungen ernstlich erwogen wird: Es wird geplant den ausdrücklichen Hooversplan zurückzuziehen und das Angebot des Präsidenten jedem der einzelnen Schuldnerländer gegenüber besonders zu wiederholen. Mit anderen Worten: die Vereinigten Staaten würden das Angebot machen, jedes fremde Land von der Rückzahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten zu befreien, das als Gegenleistung auf die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationszahlungen verzichten würde. Dieser Plan befindet sich noch im Rohentwurf. Und es liegt auf der Hand, daß er sehr ernsthafte finanzielle Komplikationen einschließen würde. Er würde es den Franzosen überlassen, selbst darüber zu entscheiden, ob sie bereit sind, ihn zu akzeptieren ohne in gleicher Weise andere Nationen in Mitleidenschaft zu ziehen wie es der ursprüngliche Plan der Pariser Verhandlungen auf die Wirtschaft und besonders auf den deutschen Kredit zum Mindestens abschwächt. In diesem Maße würde er die Zustimmung der hiesigen Finanzkreise, die umfangreiche Beziehungen zu Deutschland haben, und der Inhaber deutscher Wertpapiere finden. Wenn auch dieser Plan der wichtigste der alternativen Pläne ist, die jetzt erwogen werden, so ist eine endgültige Entscheidung darüber noch nicht erfolgt.

Witz und Humor
 Ein mächtiger Mann. Ein Zahnarzt ist einer von den wenigen Männern, der den Frauen sagen kann, wann sie ihren Mund auf- und zumachen sollen.
 Der Kleine Schauburger. „Onkel, kannst du mir vielleicht zehn Pfennige wechseln?“
 „Ja, mein Junge, wie möchtest du sie wechseln?“
 „Ich hätte sie gerne in — eine Mark gewechselt.“

In Buchmitteln muß man sich anstrengen! Jedemal ein neues Schmeißer auszubereiten — dabei kommt meistens immer das selbe heraus: Man wird aufs Knie geholt. Am besten läßt man die Finger davon und bleibt beim Bewährten. In diesem Satz steht mehr als ein Körner Wahrheit, liebe Hausfrauen. Na — Heißels Pulver- und Schmeißerpulver — hat seine Meisterprüfung längst bestanden. Es ist und bleibt gut!

BEI Schlager-Angebote! UNS

Wir bringen in allen Abteilungen
gebrauchsdankbare Waren - zu Preisen
 die nur durch unsere Einkaufsmacht möglich sind!

Germann TIETZ Karlsruhe

GROSSTER WARENHAUS-KONZERN EUROPAS IM EIGENBESITZ

Café Odeon
 Eröffnungs-Konzert
 der Kapelle
Kertesz
 vom Dachgarten
 des Hotel ALHAMBRA, Berlin
 Kurfürstendamm

Christ. Fränkle, Goldschmied
 Karlsruhe, Passage 3390
 empfiehlt goldene Trauringe das Paar von
 12 Mark an. Sportpreise, Pokale, Becher,
 Fahnenkränze zu allerbilligsten Preisen.

Zwangs-Versteigerung.
 Im Zwangswege veräußert das Notariat am
 Donnerstag, den 27. August 1931,
 nachmittags 3 Uhr,
 in seinen Diensträumen in Karlsruhe,
 Kaiserstraße 184, 2. Stod. Zimmer 14,
 das Grundstück des Gesamtguts der über-
 geleiteten Fabriksgemeinschaft zwischen
 Johann Dünn, Tischlermeister, und seiner
 Ehefrau Hietze geborene Croisens-
 thaler auf Gemarkung Karlsruhe.
 Die Nachweise über das Grundstück
 samt Schenkung kann jedermann einsehen.
 Die Versteigerungsanordnung wurde
 am 23. Mai 1931 im Grundbuch ver-
 merkt, Rechte, die zur selben Zeit nicht
 im Grundbuch eingetragen waren, sind
 spätestens in der Versteigerung vor der
 Aufforderung zum Bieten anzumelden
 und bei Widerspruch des Gläubigers
 glaubhaft zu machen; sie werden sonst im
 geringsten Gebot nicht und bei der Er-
 lössverteilung erst nach dem Anspruch des
 Gläubigers und nach den übrigen Rech-
 ten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen
 die Versteigerung hat, muß das Verfah-
 ren vor dem Zuschlag aufheben oder
 einstweilen einstellen lassen, sonst tritt
 für das Recht der Versteigerungserlöse
 an Stelle des veräußerten Gegenstandes.
Grundstückbeschreibung:
 Grundbuch Karlsruhe Band 79, Heft 19;
 Tab. Nr. 1588: 2 a 27 qm Hofstelle -
 Gärtnerstraße Nr. 64.
 Darauf steht:
 a) ein dreistöckiges Wohnhaus mit Bal-
 kenfeller;
 b) ein zweistöckiger Gang und Stiegen-
 haus links an a);
 c) ein zweistöckiger Seitenbau links nebst
 Kuchenturm mit Balkenfeller, Waganin
 und Wohnung;
 d) ein zweistöckiger Seitenbau rechts,
 Waganin, oben Wohnung.
 Schätzungswert:
 ohne Zubehör 26 000 RM.
 mit Zubehör 26 021 RM.
 Karlsruhe, den 22. Juni 1931.
Notarisches Notariat II
 als Vollstreckungsgericht
 In der Zwangsversteigerungssache Wäth-
 meter hinsichtlich des Hauses Eutenstraße 8
 ist der auf
 Donnerstag, den 9. Juli 1931
 nachmittags 3 Uhr
 anber anberaumte Versteigerungstermin auf-
 gehoben.
Notarisches Notariat II
 als Vollstreckungsgericht
 37/39 Kronenstr. 37 39

Bekanntmachung
 Die Inhaber der im
 Monat November 1930
 unter Nr. 38136 bis
 Nr. 41385 ausge-
 stellten bzw. erneuerten
 Pfandbriefe werden
 hiermit aufgefordert,
 ihre Pfänder bis längst
 8. Juli 1931 auszu-
 liefern oder die Scheine
 bis zu diesem Zeitpunkt
 erneuern zu lassen.
 In dringenden Fällen die Pfän-
 der zur Versteigerung
 gebracht werden. 1397
 Karlsruhe, 27. Juni 31
Städt. Pfandbriefkasse

Zwangs-Versteigerung.
 Donnerstag, den
 2. Juli 1931, nachm.
 2 Uhr, werde ich in
 Karlsruhe, im Stad-
 thof, Herrstraße 45a,
 gegen bare Zahlung
 im Vollstreckungswege
 öffentlich veräußern:
 2 Uhren, 2 Schreib-
 stühle, 1 Sofa, 6 Stühle,
 1 Spiegel, 1 Rignonsch-
 reibmaschine, 1 Was-
 cherb., 1 Radio mit Laut-
 sprecher, 1 Salonisch,
 überle Zollettarbeit,
 60 m² Haukeine, 1 Schie-
 schielmaschine, 1 Unter-
 schreibmaschine, 30 Zimmer-
 sägen, 2 Hobelbänke, 1 Be-
 spiegelung, 1 Ber-
 eite, 1 Schreibstuhl.
 Ferner bestimmt:
 2 unbenutzte Matrizen,
 2 Delgemälde, 1 Feder-
 schreibmaschine, 1 Bri-
 schenwagen, 1 Schut-
 tswagen. 3290
 Karlsruhe, 30. Juni 1931
**Rechts-Verstei-
 gungsamt**

Frau, 40 Jahre alt (im
 Haushalt gut bewand.),
 sucht Stellung als Haus-
 hälterin. Zu erfr. unter
 B 924 im Volksfreund
 3290

Jung. Schneider Tur-
 ner; empfiehlt sich im
 Anfertigen von An-
 zügen, von 30.- RM. an
 Adresse zu erfragen, unter
 W 922 im Volksfreund.
 3290

D.K.W., 250, sehr gut
 erhalten, breidwertig zu
 verkaufen. Briefen Rhein-
 straße 414, Sieglar.
 3290

Prachtvolle
Nußbaum und Eiche
Einzel-Büfettis
 von 170.- RM. an in
 großer Auswahl.
Möbelhaus Fründlich
 37/39 Kronenstr. 37 39

Schuhe zu Fabrikations-Preisen
 kaufen Sie in allerbesten Qualität in meinen Filialen:
Gernsbach, Waldbachstraße 9
Bühl, Ecke Rhein- und Friedrichstraße 1470
Oberkirch, Hauptstraße 36
Kehl, Ecke Haupt- und Karlsruher Straße
J. UTH, Schuhfabrikation, Rastatt, Grün 8
 Eigene Reparaturwerkstatt. - Annahme in allen Filialen

Grosser Serien-Verkauf
 in
Damen-Konfektion
 Beginn: Mittwoch, den 1. Juli

Aus großen Unter-Preis-Einkäufen habe ich in Kleidern und Mänteln
 außergewöhnlich billige Serien zusammengestellt. Die erreichten, sehr
 erheblichen Preisvorteile lasse ich restlos meiner Kundschaft zugute kom-
 men. Eine Prüfung meiner Angebote wird unbedingt zum Kauf veranlassen

- Serie 1** 850 Ubergangsmäntel, ganz gefüttert, Trench-Coat-, Gummi-
Mäntel, reinseidene Douppionkleider, Charmeusekleider,
Voll-Volle-Kleider
- Serie 2** 1450 Reinwollene Regenmäntel, tolle Ubergangsmäntel, ganz
gefüttert, Maroquin-Kleider, Tanzkleider, Voll-Volle-Kleider,
Sportkleider, Charmeuse-Complets
- Serie 3** 1850 Fleur de laîne-Mäntel, ganz gefüttert, Frauenmäntel,
bedruckte Maroquin-Kleider, reinseidene Tanzkleider-
Voll-Complets
- Serie 4** 2650 Reinseidene Mäntel, tolle Ubergangsmäntel, teils mit
Pelzbesatz, seidene Nachmittagskleider, bedruckte Geor-
gettekleider, Complots
- Serie 5** 3650 Georgette-Mäntel ganz gefüttert, seidene Mäntel, tolle
Ubergangsmäntel, bedr. Georgette-Complots, Nach-
mittags- und Abendkleider, Sport-Complots

450 Ein Posten Waschkleider 450
 ca. 200 Stück, aus Panama, Tricolette, bedr.
 Waschseide, Volle, Zefir, Moussin . . . Mk.

Weitere besonders vorteilhafte Artikel:
 Kostüme, reine Wolle, 48.- 29.50 18.50
 Kostüm-Röcke . . . 9.50 5.75 1.90
 Clubjacken, r. Wolle 14.50 9.75 5.90
 Sportblusen . . . 5.90 2.90 1.90

Modellkleider und Copien zu weit herabgesetzten Preisen
 Neue billige
 Angebote in
Wasch- und Druckstoffen
 Bedruckt. Waschseide . . . 1.25 1.65 1.95 2.25
 Wollmousseline . . . 1.15 1.50 1.95 2.35
 Voll-Volles bedruckt

Carl Schöpf
la. Markenräder
 in größter Auswahl Ein- und Zweiräder
Spezialräder
 von 43.- bis 50.- Mk. Sämtliche Ersatzteile
 noch billiger.
Fahrradhaus Dürringer - Kronenstr. 27
Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)
 Geschäftsstelle nur briefl., Kaiserstr. 32, 35. IV.
 Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee
 Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“,
 Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7^{1/2} Uhr.
Nehmt Musikunterricht
 d. d. Musiklehrerschaft d. Deutschen
 Musikerverbandes, Lehreradressen
 erhältl. in den Musikalienhandlungen
Arbeiter! Berücksichtigt bei Euren
 Einkäufen stets die In-
 terenten dieser Zeitung!

**Badisches
 Landestheater**
 Mittwoch, 1. Juli
 8 A 29
 Th.-Gem. 3. S.-Gr.
 1. Hälfte
Salome
 Drama
 von Richard Strauss
 Dirigent: Krips
 Regie: Brückner
 Mitwirkende:
 Saberton, Reich-
 Dörich, Winter,
 Elgrab, Falke,
 Späth, Kainbach,
 Vierter, Scher, Ventur,
 Kirsch, Schoedlin,
 Straß, G. Stöhringer,
 Kilian, Regel, Schmitt,
 Schneyer
 Anfang 20 Uhr
 Ende 21.30 Uhr
 Breife C (1.00-7.00) 1302
 Do. 2.7. Juli 1931
 Vor Sonnenanfang,
 Nr. 3. 7. Salome Sa.
 4. 7. Undine. So. 6. 7.
 Boris Godunow. Im
 Konzerthaus. Keine
 Vorstellung.

Dr. med. Karl Mayer
 Frauenarzt
 Sprechstunden täglich 11-1 u. 3-5 Uhr
 und eigene Klinik
Stephanienstraße 66
 Fernsprecher 656
 Für meine Klinik bin ich bei Krankenkassen,
 Sprechzeit: 10-11 und 2-4, Sa. nur 10-11 Uhr
 Betriebskrankenkassen und der Allge-
 meinen Ortskrankenkasse zugelassen.

Zugelassen
 zu sämtlichen Krankenkassen
Dr. med. E. Kimling
 Facharzt
 für Säuglings- u. Kinderkrankheiten
 Sprechzeit: 10-11 und 2-4, Sa. nur 10-11 Uhr
 Schillerstr. 9 Bruchsal Tel. 2569

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und
 Verlagsdruckerei
 Volksfreund G.m.b.H.

VOLKSBUENE
 Rot abholen!
Stadtpark
 Donnerstag, 2. Juli
 von 20-22^{1/2} Uhr:
Sonder-Konzert
 (Richard-Wagner-
 Abend)
 ausgeführt von Phil-
 harmonischen Orchester
 unter Leitung von
 Kapellmeister
 Rudolf Gahr
 Eintrittspreise:
 Nichtabonnenten Erh.
 40 Pf., Abonnenten
 Erh. 20 Pf.

Wirklich
erfrischend!
Himbeersaft 140 1/2 80
 1/2 Fl. - 1/2 Fl. 80
Orangeade 130 1/2 75
 1/2 Fl. - 1/2 Fl. 75
Citronensaft 130 1/2 75
 m. Zucker 1/2 Fl. - 1/2 Fl. 75
 (Citronensaft) Fl. 1/2 Fl. 75
Preis mit Glas
 10 % Rückvergütung
Eisgekühlte Herrenbäder,
Baden-Badener
und Talmacher Sprudel, Limo-
naden, Sodawasser, Apfelwein
 .. und eine Portion
Gutes Eis
 Vanille Portion 10
 Erdbeer 10

**Hochzeit-, Cutaw-
 Smoking u. Frack-
 Anzüge, toll neu, stan-
 dard bis abgug.**
Jähringerstr. 53a, II.

Su verkaufen:
3 vollfr. Betten
 Zwickau 3920
 Schloßstraße 10 links.

Wanzen?
 und Brutvernichtung
 nur mit Wimmelal, ge-
 ruchslos, garantiert
 Erfolg. Tube 75 Pf.
 (ergibt 1/2 Liter). Allein
 zu haben bei Th. Wals,
 Jollystr. 17 u. Babenaria-
 Drogerie, Kaiserstr. 245

Pfankuch
 Pfankuch-Waren helfen sparen
5 % Rabatt

Weingrüne
Moskflässer
 jeder Größe preis-
 wert.
 5279
 Kronenstr. 30